

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.  
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Petitzeile oder deren Raum 4,50 Mk., Verammlungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mk., Reklamen 20,00 Mk.  
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46  
Fernruf 926



# Lübecker Volksbote

Nummer 114

Mittwoch, den 17. Mai 1922.

29. Jahrgang.

## Amerika lehnt ab.

### Die allmähliche Auflösung der Genueser Konferenz

macht sich im Leben und Treiben der Stadt bemerkbar. Die unzähligen Fahnen, die wochenlang den Eindruck einer großen Festlichkeit erweckten, verschwinden nach und nach. Das Gedränge auf den Straßen hat aufgehört, kurz, es wird wieder Montag. Nur auf den Bahnhöfen ist noch Leben und Treiben. Einzelne Delegationen haben Genua bereits ganz verlassen, andere sind abgereist und haben nur Hörschosten zurückgelassen. Auch die deutsche Delegation verringert sich zusehends. Täglich erfolgen Abreisen, die einen Sonderzug für die Rückfahrt zwecklos machen. Von den Sachverständigen sind nur noch drei anwesend, und diese sind auch im Begriff abzureisen. Am Mittwoch wird der Reichswirtschaftsminister Genua verlassen, um bei der Beratung seines Staats im Reichstag Ende dieser Woche anwesend zu sein. Auch der Reichskanzler trifft bereits Reisebeschlüsse. Wahrscheinlich wird er bei der Rückkehr in einer bayerischen Stadt über Genua sprechen.

Während also die Konferenz im Absterben begriffen ist, wurde sie am Dienstag noch einmal durch ein Ereignis belebt: Zuerst brachte der Telegraph die Botschaft, daß die Vereinigten Staaten unter gewissen Bedingungen bereit seien, an den Verhandlungen im Haag teilzunehmen, bald darauf aber traf die ablehnende Antwort ein. Sie ist etwas verklausuliert und läßt bestimmte Grundlagen vorausgesetzt, die Tür offen.

### Die amerikanische Antwort

Die amerikanische Regierung hat die auf Grund der Beschlüsse der einladenden Mächte am Sonnabend erfolgte Einladung des Präsidenten der Konferenz von Genua nach dem Haag aufmerksam empfangen. Die Regierung glaubt jedoch, daß sie nicht erfolgreich an der Zusammenkunft im Haag sich beteiligen könne, wenn diese Konferenz unter einem anderen Namen eine Fortsetzung der Konferenz von Genua bedeuten soll, da diese den gleichen Schwierigkeiten begegnen würde, wenn die in der russischen Antwort ausgeführte Haltung unverändert bleibe. Die endgültige unvermeidliche Frage wird stets die der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit Rußlands bleiben. Da die amerikanische Regierung glaubt, daß die gestellten Bedingungen vernünftig und einleuchtend sind, ist sie bereit, mit den Regierungen zusammenzutreten, die sie zur gemeinsamen Untersuchung über die Zustände Rußlands und Verbesserung der Lage einladen. Die amerikanische Regierung ist bereit, jedem Vorschlag der Sachverständigen in Genua und der folgenden Konferenz ernste Beachtung zu schenken, aber sie ist der Ansicht, daß die offenbar als Antwort auf das russische Memorandum vom 11. Mai gegenwärtig vorliegenden Anregungen angesichts des Wortlautes der Genuanote nicht die klare Bestimmtheit besitzen, die es der amerikanischen Regierung ermöglichen würden, ihre Hand zu dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu bieten.

Der amerikanische Botschafter Child, Schanzer und Lloyd George haben über die Note noch im Laufe des Nachmittags diskutiert. Es wurde dabei beschlossen, daß die Konferenz von der amerikanischen Regierung Aufklärungen über die Absichten der amerikanischen Regierung verlangen will. Eine entsprechende Antwortnote wurde noch im Laufe des Nachmittags abgefaßt und nach Washington telegraphiert.

### Rußlands Stellungnahme.

Genua, 16. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die russische Delegation hat durch eine Note Tschitscherins gegen das Verbot, während der Konferenz im Haag Sonderverträge abzuschließen, protestiert, ohne jedoch von dem Erfolg dieses Protestes ihre Teilnahme selbst abhängig zu machen. Das ist bezeichnend für die Kautschuktaktik der Russen, die so und auch anders können. Durch die Interpretierung der Bedingungen der Akkordien, die gestern abend von dem englischen Pressesekretär vor der Presse erfolgte, wurde den Russen übrigens die Annahme wesentlich erleichtert. Rußland ist das Recht zugesprochen worden, die in Vorbereitung befindlichen wirtschaftlichen Verträge zu erledigen. Das Verbot richtet sich hauptsächlich gegen politische Abmachungen, mit anderen Worten, man will vorläufig die de jure-Anerkennung der Sowjetrepublik noch verhindern.

Die Unterkommission trat heute früh unter dem Vorsitz des Jacias zusammen, um der russischen Delegation die Beschlüsse der anderen, in der Unterkommission vertretenen Mächte bekanntzugeben. Tschitscherin stellte eine Reihe von Fragen über ver-

schiedene Klauseln, um sich über ihre Tragweite Klarheit zu verschaffen. Er fragte u. a. warum Deutschland von der Sachverständigenkommission ausgenommen sei? Die Antwort lautete, weil Deutschland bereits einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen habe. Tschitscherin fragte ferner, wie es mit der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung stehe. Es wurde ihm erwidert, dies sei eine Angelegenheit der einzelnen Regierungen, sobald die Arbeiten der verschiedenen Kommissionen abgeschlossen seien. Weiter fragte Tschitscherin, warum der Haag als Versammlungsort für die Kommission gewählt worden sei? Antwort: Man sei bereit, andere Vorschläge entgegenzunehmen. Tschitscherin: Würden alle Mächte durch die Beschlüsse der Mehrheit gebunden sein? Antwort: Hierüber wird die Kommission zu entscheiden haben. Frage: Wird der Burgfrieden nur während der Arbeit der geplanten Kommission dauern oder so lange, bis die Grenzen endgültig festgesetzt sind? Antwort: Diese Angelegenheit kann nicht erörtert werden. Frage: Wird in Genua ein Schriftstück bezüglich des Burgfriedens oder ein Pakt abgeschlossen und unterzeichnet? Antwort: Ja! Tschitscherin kam sodann auf die Lage in Ostibirien zu sprechen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion zwischen Tschitscherin und Lloyd George, in die Lloyd George eingriff, indem er bemerkte, es wäre gut, wenn der Burgfriedenspakt bereits in der gegenwärtigen Sitzung zur Anwendung komme. Hierauf sagte Tschitscherin, es seien 24 Stunden erforderlich, um der russischen Delegation Gelegenheit zu geben, die Vorschläge sorgfältig zu prüfen. Darauf wurde die Sitzung der Unterkommission verlagert.

### Das Testament der Konferenz.

Das französische Senatsblatt, der „Temps“, schreibt unter der Überschrift „Das Testament der Konferenz“: Was den nach der Beendigung einklagenden Weg betrifft, so kann Frankreich auf keine Handlungsfreiheit nicht verzichten. Die französische Regierung kann sich weder durch in Genua abgeschlossene Formeln, noch durch später durch Sachverständige ausgearbeitete Schlussfolgerungen binden. Wir sind Bürger eines Landes, das sich selbst regiert. Wir wünschen, daß alle Länder, auch Frankreich, Herren ihres Schicksals bleiben. Im übrigen tritt nächste Woche das französische Parlament zusammen. Bei uns funktioniert das parlamentarische Regime ordnungsmäßig. Die Regierung der Republik gedenkt einer Kontrolle der Landesvertretung weder zuzulassen noch sie auszuschalten. Wir erwarten also den letzten Willen der Konferenz in Ruhe und bemerken nur, daß es gut sein wird, die Schlussformalitäten nicht in die Länge zu ziehen. Gemisse Staatsmänner, die fünf Wochen an der Riviera, abgeschlossen von den Lebenden, den Delegationen angehört haben, haben nicht die fast ununterbrochene Fühlung mit den politischen Kreisen ihres Landes bewahrt, die zwischen Rathenau und der französischen Regierung besteht. Man sollte meinen, daß sie nicht mehr ganz das Gefühl für die Wirklichkeit haben. Würde man, wenn sie es hätten, das Schauspiel erleben, das jetzt in Genua vor sich geht? Würde man es erleben, daß die Vertreter der europäischen Hauptmächte, dieselben Männer, auf die zu Hause so zahlreiche Existenzfragen warten, mit ernster Miene ein Programm für Verhandlungen aufstellen, die noch Monate dauern sollen, wo doch durch eine Tagung von Wochen eben erst alle ihre Berechnungen über den Haufen geworfen worden sind?

Der kaum verhehlte Hohn dieser Zeilen zielt so deutlich auf Lloyd George, daß man annehmen möchte, die französische Regierung habe bereits anreuen Bescheid aus London bekommen, wie und wann dort der Sturz Lloyd Georges vor sich gehen soll.

### Wieder 50 Millionen an die Entente.

WSB. Paris, 16. Mai. Wie die Reparationskommission mitteilt, hat die deutsche Regierung gestern bei der vom Garantenauschuß bestimmten Bank die Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark geleistet.

### Börse.

Berlin, 16. Mai. Die etwas günstigeren Ausichten für das Zustandekommen einer Reparationsanleihe riefen am heutigen Devisenmarkt starke Abgabeneigung hervor. Um die Mittagsstunde war der Dollar bereits bis auf 280% zurückgegangen. Am Effektenmarkt will sich noch nicht die rechte Belebung einstellen. Das Publikum, insbesondere aus der Provinz, hält mit seinen Spekulationsaufträgen noch stark zurück. Man ist der Meinung, daß die ganze Stillungsaktion der Banker sehr bald ihr Ende finden wird. Amtlich notierten: New York 282%, London 115%, Holland 10950,-.

## Oberschlesien.

SPD. Berlin, 16. Mai.

Mit der am 15. Mai in Genf erfolgten Unterzeichnung des Vertrages zwischen Deutschland und Polen ist die rechtliche Teilung Oberschlesiens auf Grund des Genfer Spruchs vollzogen, und es bleibt nur noch der Vollzug der faktischen Teilung übrig, der in kürzester Zeit erfolgen wird. Die interalliierten Behörden und Truppen werden sich zurückziehen und den deutschen und polnischen Behörden die ihnen zugewiesenen Teile übergeben. Ein schmerzliches Kapitel in der Geschichte Deutschlands findet damit seinen Abschluß.

Der Kampf um Oberschlesien ist vorwiegend mit wirtschaftlichen Gründen geführt worden. Da in den nächsten 15 Jahren die Besitzverhältnisse stabil bleiben und der Verkehr für die der ober-schlesischen Industrie notwendigen Rohstoffe und Produkte frei bleiben soll, wird sich die Teilung wirtschaftlich zunächst nicht allzu stark fühlbar machen. Dabei ist vorausgesetzt, daß die polnische Verwaltung imstande sein wird, eine Störung der Wirtschaft zu verhindern, wozu sie allerdings aus den verschiedensten Gründen den guten Willen mitbringen dürfte. Einmal entspricht die Ausreicherung der Wirtschaft in Oberschlesien dem staatlichen Interesse Polens, zum andern aber — und das ist vielleicht der wichtigere Gesichtspunkt — dürfte sich die polnische Staatsgewalt dem in Oberschlesien wirklich herrschenden Großkapital gegenüber kaum übermäßig stark erweisen. Deutsch oder polnisch, bleibt Oberschlesien doch tatsächlich der Herrschaftsbereich einiger mächtiger Kapitalmagnaten.

Mit Interesse wird man die wirtschaftlichen Wirkungen des jetzt geschaffenen Zustandes erwarten dürfen, nachdem die Markt in Polen zunächst geschlechtes Zahlungsmittel bleibt und durch Freibleiben des Verkehrs mit den wichtigsten Gütern die Zollschranke wesentlich gelockert wird. Man hat im Zusammenhang mit diesem Zustand von einem neuen Loch im Osten gesprochen, das aber ganz anders wirken muß als das berühmte Loch im Westen, weil die valutarischen Druckverhältnisse gerade umgekehrt liegen. Deutschland ist gegenüber Polen, so wunderbar dies auch klingen mag, ein hochvalutarisches Land. Die Verloftung für Polen, nach Deutschland zu verkaufen, ist daher sehr groß, und Schaden könnte es uns schließlich nicht, wenn wir auf diese Weise wieder etwas mehr Lebensmittel von Osten her nach Deutschland bekommen würden.

Wenn der neue Zustand in Oberschlesien automatisch die Wirkung haben sollte, die bisherige wirtschaftliche Sperrpolitik gegenüber Polen zu durchbrechen, so wäre das nur ein Gewinn. Diese Sperrpolitik ist seinerzeit aus rein politischen Gründen eingeleitet worden. Sie hat der deutschen, namentlich der schlesischen, Industrie zugunsten der tschechoslowakischen geschadet, den deutsch-polnischen Handel von seinem natürlichen Weg über Danzig abgelenkt. Auch im Zusammenhang mit dem deutsch-russischen Vertrag von Rapallo wird die volle Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen zur zwingenden Notwendigkeit. Polen ist das natürliche Vermittlungsglied zwischen Deutschland und Rußland. Wenn es als solches richtig funktioniert, so kann das allen drei Teilen nur nützen.

Mit der Teilung Oberschlesiens werden die Grenzen Deutschlands von der einen offenen Wunde, des Saargebietes, abgeschlossen, die sich erst in dreizehn Jahren schließen wird, wieder fest. Wir werden uns, so schmerzlich das auch ist, mit der Last der Gebietsverluste abfinden müssen. Solange nicht auf dem alten, von nationalen Kämpfen zerwühlten Boden Europas eine ganz neue Welt entstanden ist, die ihre politischen Grenzen ohne blutigen Streit nach reinen Zweckmäßigkeitsgründen regelt, oder solange kein neuer Krieg entsteht, den wir wahrhaftig nicht wünschen können, wird sich Deutschland mit der Last der Gebietsverluste, die es im Weltkrieg erlitten hat, abfinden müssen. Eine Politik der Treubenta werden wir uns nicht leisten können.

Die Absicht des französischen Imperialismus beim Abschluß des Friedens von Versailles liegt klar zutage. Die Verkleinerung Deutschlands war dabei nicht die Hauptsache; denn auch nach ... bleibt Deutschland an Volkszahl Frankreich gewaltig überlegen. Der eigentliche Hauptzweck war, Deutschland durch diese neue Grenzgestaltung in ewige Händel mit seinen Nachbarn zu verwickeln. Da jeder von ihnen, nur Holland und die Schweiz ausgenommen, ein kleineres oder größeres Stück deutschen Gebietes zugewiesen bekam, war als Wirkung zu erwarten, daß alle diese besetzten Staaten das neugewonnene Gebiet in eine Art von Verteidigungszustand gegen Deutschland setzen würden, daß überall Reibungsflächen entstehen würden, daß sich alle Nach-

dem Deutschlands zu einer Art von politischer Interessengemeinschaft zusammenschließen würden gegen Deutschland zum Schutz des Deutschland abgenommenen Gebietes. Auf diese Weise sollte die westpolitische Konstellation, die während des Weltkrieges entstanden war, verwirrt werden, und für alle Zeiten sollte es für Deutschland heißen: Zei der ringsum!

Hat man diese Abicht des französischen Imperialismus richtig erkannt, so muß die Folge davon sein, daß man sich vornimmt, nicht in diese Falle zu kriechen. Auch Polen gegenüber kann Deutschland keine andere Politik treiben als eine gut nachbarliche, die darauf ausgeht, wirtschaftliche Beziehungen enger zu gestalten und den nationalistischen Haß auf beiden Seiten einschlafen zu lassen. Eine andere Politik wäre nur von Gefühlen, nicht aber von Klugheit und nüchternen Wahrnehmung deutscher Volksinteressen diktiert.

## Reichstag.

211. Sitzung vom 16. Mai, 11 Uhr vorm.

Auf eine Anfrage der Kommunisten wegen Verschiebung von 60 000 Tonnen Zeitungsdruckpapier auf einem Dampfer erklärt die Regierung, der Dampfer „Minden“, der hier in Frage komme, habe lediglich 325 Tonnen Papier an Bord, die aber aus Schweden stammen.

Bei der fortgesetzten Beratung des Haushalts der Reichspost- und Telegraphenverwaltung begrüßt

Abg. Lecht (Bayer. Sp.) die Erwägungen der Postverwaltung über eine Dezentralisierung, die die Verwaltung beweglicher macht. Man sollte nicht mehr den einzelnen Verwaltungsgebieten der Länder oder der Bezirke mögliche Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit geben. Es würde sich empfehlen, die völlige Sonntagruhe im Postbetriebe, die bisher nur in Bayern besteht, auf das ganze Reich auszudehnen. Das große Defizit bei der Post ist zurückzuführen auf die ungeheure Geldwertminderung und die hohe Zahl des Personals, das nach Einführung des Pfundwertes um 62 000 Köpfe gewachsen ist. Die Gebührenerhöhung ist nicht das Mittel zur Beseitigung des Defizits, sie bringt vielmehr einen Rückgang des Verkehrs mit sich.

Reichspostminister Gieseler bemerkt, daß sich namentlich auf dem Lande eine starke Strömung gegen die Aufhebung des Sonntagdienstes bemerkbar mache, da der Bauer am Sonntag seine Zeitung lesen wolle, wozu er in der Woche keine Zeit hat.

Abg. Brubler (Dn.) stellt den heutigen Postetat dem des letzten Jahres gegenüber und stellt fest, daß im Jahre 1931/32 nach 100 Millionen Uebererschlag erzielt wurden, während man heute mit den Leistungen der Post nicht zufrieden sein könne.

Staatssekretär Teufel stellt fest, daß die Verwaltung sich nach Möglichkeit bemüht, den Wünschen des Reichstages, höhere Beamte durch mittlere und untere zu ersetzen, Rechnung zu tragen. Die Beschwerden über die Beamten, die vom unteren zum mittleren Dienst versetzt werden, würden nach Überwindung einer gewissen Uebergangszeit abklingen werden.

Abg. Sennel (Soz.) Die Verwaltungsbehörden haben sich heute in übermäßiger Weise in den Vordergrund gedrückt. Es ist unverständlich, daß man in der Postverwaltung auf der einen Seite 12 000 Beamte zu viel hat, während man auf der anderen Seite 15 000 weibliche Beamte neu anstellt. Ueber die Ausschichten ist von allen Seiten Klage geführt worden. Hinter einem Mann, der tatsächlich arbeitet, stehen in der Regel vier bis fünf Aufsichtsbearbeiter, die unbedeutend zur produktiven Arbeit herangezogen werden müssen. Der Minister hat gesagt, bei der heutigen Wohnungsnot sei es lächerlich, überflüssige Beamte nach anderen Ämtern zu versetzen. Wenn es sich um politische Maßregelungen handelt, wird merkwürdigerweise diese Rücksicht nicht genommen. Ohne Skrupel verweist man mißliebige Beamte und trennt sie jahrelang von ihrer Familie. — Der Redner bespricht dann technische Einzelheiten, die sich auf die Verwendung und eine teilweise Umgestaltung des Personals beziehen. Zur Sprache kommen weiter technische Schwierigkeiten einiger Oberpostdirektionen bei der Prüfung von Militärbeamten. Auch die Entlastung von Stellenanwärtern geben zu lebhaften Klagen Anlaß. Gefordert wird der Wegfall der zweiten Prüfung für die Stellenanwärter und Uebergangsbestimmungen für die Personalreform für die männlichen und weiblichen Beamten der Gruppen II bis V. Die Einführung der Dienstleistungsprüfung bedeutet eine Erschwerung und Verweigerung des Berufserfolges und ist vollständig überflüssig, weil das, was in sie eingetragen werden soll, bereits im Personalbogen steht. Die Beförderung einiger mittleren Beamten zu Postleuten ist eine der wenigen Handlungen, mit der man einverstanden sein kann. Die Behandlung des Personals läßt vielfach zu wünschen übrig, wofür der Redner eine ganze Reihe von Beispielen anführt und fordert, daß endlich Kommissar geschaffen und die Beamten von den Postdirektoren als Menschen behandelt werden. Unter häßlicher Heiterkeit des Hauses verliest der Redner dann den Inhalt eines Oberpostleiters, der sich aus Gründen der Gültigkeit mit den Blasenwässern und den kurzen Köden der „Krautlein Telegraphenangehörigen und Postgehilfen“ befaßt. Er bittet jedoch den Minister, gegen diesen an sich sehr humanen Mann nichts zu unternehmen, da dieser Gehalt auf Anfordern der männlichen Beamten herabgesetzt wurde. Unter neuer häßlicher Heiterkeit des Hauses stellt der Redner fest, daß es also auch noch solche Postbeamte gibt. Endlich ist die Kette der Beschwerden, die der Redner über Maßregelungen politisch mißliebiger Beamten verliest. Wie überall, so steht auch im Postbetriebe den Maßregelungen imbedingter Beamten die wohlwollende Duldung reaktionärer Elemente gegenüber. Ungeachtet dieser E. eine Angehörige der Reichspräsidenten während des Dienstes einen Trankensoldat nennen, der weder seinen Namen schreiben noch registrieren kann. Der Postdirektor wählte auf eine Beschwerde nichts anderes zu erklären als: Derartige Meinungen sind die Herren Minister schon gewöhnt. Sie haben dafür nur ein Stübchen übrig. Das Reichspostministerium antwortete auf eine in diesem Fall unternommene Beschwerde, diese Beförderung über den Reichspräsidenten sei zwar unangemessen, lasse aber die Pflicht einer Beförderung nicht erkennen. Ein Antrag zum Entschärfen sei also nicht gegeben. Man habe aber den Beamten in Erinnerung gebracht, daß politische Gesinnung im Dienst unzulässig ist. Ständels ist, in welcher Art und Weise höhere Beamte über ihren eigenen Minister reden. Wir hoffen, daß es das letzte Mal ist, daß wir solche Beschwerden hier vorbringen müssen.

Staatssekretär Teufel erklärt, daß der Minister und er es für ihre selbstverständliche Pflicht halten, völlige Unparteilichkeit in der Behandlung des Personals hinzubringen.

Staatssekretär Breda vertritt sich sehr ausführlich über die Zahlung der Telefongebühren.

Abg. Hoffmann (HS.) begrüßt es, daß endlich ein kantonsmäßiger Gehalt in die Postverwaltung eingeht, die Gehälter mehr der Gehalt kommt und wünscht, daß auf diesem Wege Fortschritte erzielt werden. Auch dieser Redner bringt eine ganze Reihe von Klagen, insbesondere über die Behandlung republikanischer Beamten, zur Sprache und wünscht, daß auch bald ein liberaler Geist in der Postverwaltung Platz greift.

Der Gehalt des Ministers wird bewilligt. — Zugeworfen werden verschiedene Entschuldigungen, darunter eine, die eine größere Berücksichtigung der Bedürfnisse des hohen Bundes fordert und eine andere, in der die Entfernung der Silber- und Gold- des hohen Rates aus den Dienststellen verlangt wird. In

der Einzelberatung beantragt der Reichspostminister verschiedene Anfragen und sagt in Bezug auf vorgebrachte Beschwerden Hilfe zu. — Damit ist der Postetat erledigt.

Auch der Etat der Reichsdruckerei wird genehmigt. Der Ergänzungsetat (Erhöhung der Beamtengehälter) geht an den Hauptauschuh.

Es folgt der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums, über den Abg. Hoch (Soz.) Bericht erstattet. — Die Beratung wird vertagt.

Das Haus ehrt das Andenken des Abg. Jand (Bayer. Sp.) und vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr.

## Die französischen Generalratswahlen.

Paris, 16. Mai.

Bei den Generalratswahlen erhielten die Konservativen 181 Sitze, die Demokratisch-Republikanische Vereinigung (Nationaler Block) 496, die Radikalsocialisten und Republikanischen Sozialisten (bürgerliche Gruppe Viviani-Painlevé) 466, die Sozialistenpartei 45, die Kommunisten 16 Sitze. Insgesamt ist bei 14 Sitzen eine Verschiebung nach links eingetreten.

## Aus Rußland.

Die Verteidiger der russischen Sozialrevolutionäre.

deren Prozeß am 23. Mai in Moskau beginnt, reisten heute Mittwoch früh von Berlin nach Moskau ab. Von der Zweiten Internationale befindet sich Genosse Vandervelde unter den Verteidigern. Wie wir erfahren, ist Karl Radek mit der Funktion des Staatsanwalts beauftragt. Soll das etwa die Rolle der Moskauer Sowjetgewaltigen dafür sein, daß Radek auf der Berliner Sozialistenkonferenz die Entsendung von Verteidigern und die Nichterhängung von Todesstrafen für die Angeklagten zugejagt hat?

Die russische Hungernot.

Der Völkerverbund hat nach einem Referat Nanjens einstimmig beschlossen, die Genueve Konferenz beziehungsweise die einziehenden Sachverständigenkommissionen um eine Prüfung der durch die russische Hungernot aufgeworfenen Probleme, namentlich auch in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen, zu ersuchen. Der Antrag ging von Lord Balfour (England) aus und wurde von Bourgeois (Frankreich), unterstützt.

Russischer Rätekongreß.

Der Rätekongreß trat Montag unter dem Vorsitz Kalinins zusammen. Von den 325 Mitgliedern sind noch nicht alle anwesend. Die Verweigerung des Agrargesetzes an einen Ausschuß wurde nach kurzer Berichterstattung genehmigt. Das Gesetz enthält die wesentlichen Gedanken der Agrarreform Stoljpins. Es erkennt das unbedingte Eigentumsrecht für beruflich bewährte Ackerbauer an.

Ein Todesurteil.

Das oberste Gericht der Ukraine verurteilte den linken Sozialrevolutionär Paschutinski, der die Ermordung des deutschen Generalfeldmarschalls von Eichhorn eingestand, zum Tode.

## Anfragen im englischen Unterhaus.

London, 16. Mai. Wedarwood fragte im Unterhaus an, ob die Regierung etwas von den Vorbereitungen in Frankreich wisse, um Truppen zwecks Ausdehnung der Besetzung deutschen Gebietes zu mobilisieren, wenn die fälligen Reparationen nicht bis 31. Mai bezahlt seien; zweitens, wenn ja, ob die britische Regierung von den französischen über diese Vorbereitungen in Kenntnis gesetzt worden sei, und drittens, ob, wenn die Regierung über keinerlei Informationen verfüge, sie durch die gewöhnlichen Kanäle Nachforschungen darüber anstellen könne, welche Vorbereitungen und ob überhaupt welche getroffen worden seien.

Chamberlain erwiderte, die Regierung wisse, es sei behauptet worden, daß Vorbereitungen in Frankreich zur Mobilisierung der Truppen getroffen wurden, um die Besetzung des deutschen Gebietes auszuweiten, wenn die fälligen Reparationen nicht bis 31. Mai bezahlt werden. Die britische Regierung habe jedoch Grund zu der Annahme, daß diese Behauptungen unmaßgeblich seien und keinerlei derartige Vorbereitungen getroffen wurden, weder in Frankreich noch in Belgien. Die Antwort auf den zweiten Teil der Anfrage lautet verneinend.

## Die Schulbigen am Hunger.

Zus Albaum des Bürgerchaftsmitgliedes Frau Zimmermann.

Der amtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei ist den Sozialdemokraten auf die Schliche gekommen. Man denke: Die im „Vorwärts“ kürzlich vorgelegene Neuregelung der Pachtordnung ist nichts weiter als eine heimliche Sozialisierung der Landwirtschaft. Aber die Deutsche Volkspartei ist auf dem Posten, sie schreibt:

„Bekannt ist der Sozialisierungsplan des „Vorwärts“ vom November 1918, in dem es hieß, daß fünf Jahre Vorbereitungszeit nötig wäre. Dabei dachte man wohl an die zeitliche und wirtschaftliche Zermürbungswirkung der Zwangswirtschaft. Die Sozialdemokraten haben sich arglosheitlich dabei verreckt, denn durch das tatsächliche Eingreifen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Deutschen Volkspartei während ihrer Beteiligung an der Reichsregierung im Jahre 1920, ist die Zwangswirtschaft immer weiter abgebaut worden. Auch die letzte Entwicklung hat bemerkenswerte Erfolge auf diesem Gebiete gebracht.“

Die Deutsche Volkspartei ist stolz auf ihre Erfolge im Kampf gegen die Zwangswirtschaft. Das kann sie auch sein. Wenn die Inkerwidenden steigen und die Kartoffeln im freien Handel zu Luxusartikeln werden, dann fliehen aus Indusriefreien die Beiträge häufiger, und man kann sich bei den Landwirten gegen den denationalisierten Anbau besser halten. Was gegen die denationalisierten Wähler zu diesem „süßlichen Eingreifen“, die als „Verbraucher“ die ganze Staatlichkeit der freien Wirtschaft an der Verflechtung ihrer Lebenshaltung spärte? Die volksparteilichen Wähler legen gar nichts. Dafür lassen sie ihre Vertreter in den Parlamenten schmeicheleige Anträge stellen — wie am Montag in der Preussischen Bürgerkammer — um die Umstände zu markieren und die eigene Schuld an den Wucherpreisen zu verdeutlichen. Ist das nicht von Art.

## Die Zwangsanleihe.

Wie die „Telegr.-Union“ mitzuteilen weiß, soll beachtlich sein, die Zwangsanleihe nach neuen Gesichtspunkten durchzuführen. Bisher sollten Vermögen bis zu der Höhe von 250 000 Mk. von der Zwangsanleihe verschont bleiben. Nach dem neuen Entwurf sollen bereits 100 000 Mark die Grenze für die Steuerfreiheit bedeuten. Zweitens sollte die Grenze der Höchstbelastung mit 10 Proz. erst bei 20 Millionen erreicht werden, nach dem neuen Entwurf bereits bei einer Million Mark. — Die „Tel.-Union“ fürchtet, daß bei den derzeitigen angenommenen Steuererlösen die Reichsregierung mehr als eine Goldmilliarde einnehmen könne. Das wäre an sich kein Nachteil. Es braucht aber gar nicht befürchtet zu werden. Die Markierung von Angst hat ja auch nur den Zweck, vorzubeugen, damit das „Opfer“ nicht zu selbstverständlich erscheint, obwohl es das in Wirklichkeit doch ist.

## Die „parteilosen“ Arbeiterkomitees.

Der neue SPD.-Schwindel.

Am Sonntag und Montag tagte im Reichstagsgebäude der Zentralausschuß der SPD. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienstoff erzählt, war der Zweck dieser Beratung, an der Radek teilnahm, die Taktik der Partei in der Frage der sogenannten „Einheitsfront“ festzulegen. Es wurde beschlossen, überall die Gründung von Orts- und Fabrikkomitees zu betreiben, die unter der Maske der Parteilosigkeit auftreten und für den kommunistischen „Einheitsfront“-Schwindel Stimmung machen sollen. Wahrscheinlich wird ein Aufruf im Sinne dieser Taktik veröffentlicht werden.

Wieder einmal greifen also die Zerstörer der Arbeiterbewegung zu dem Mittel der „List und der Verstellung“, das ihnen von Lenin empfohlen wurde, um ihr schändliches Werk fortzusetzen. Sie haben sich jetzt auf die alte Methode der Kriegervereine besonnen, die unter der Maske der Parteilosigkeit für den Potsdamer Geist warben, mit denselben Mitteln wollen sie jetzt für den Moskauer Geist werben. Sie wagen es nicht mehr, ihr Gesicht zu zeigen, sie wissen, wie die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter über die Leute denkt, die in Rußland eingekerkerte Sozialisten verhungern lassen und die in Deutschland Arbeiterkongresse, wie neulich den Bauarbeiterkongreß in Leipzig, mit Raffeln auseinanderjagen. Diese schamlose Gesellschaft, die unter der verlogenen Parole der „Einheitsfront“ das Gegenteil von dem erstrebt, was sie zu wollen angibt, die nur darauf ausgeht, die Arbeiter gegeneinander aufzuheizen und ihre Organisationen in Scherben zu schlagen, will sich jetzt unter das schützende Dach der „Parteilosigkeit“ retten, um ihr niederträchtiges Geschäft fortsetzen zu können.

## Der Chauvinistenmob in Bayern.

München, 15. Mai. (Eig. Drahtbericht).

Die nationalistischen Ausschreitungen in München nahmen auch gestern ihren Fortgang. Ein besonderes Verdienst ist dabei zweifellos der „Mugsburger Abendzeitung“ zugemessen, die schrieb: „Unter Herrn v. Rahr wäre das Aufleben einer schwarz-rot-goldenen Fahne unmöglich gewesen. Im Namen der Laufende von Bayern, die nichts mit der Berliner schwarz-rot-goldenen Fahne zu tun haben wollen, fordern wir entschieden und rasch die Entfernung dieser Fahne.“ Der Bürgermeister von München, der von der Polizeidirektion am Montag mittag von der Zerstörung der Fahne am Hauptbahnhof nicht verständigt wurde, obwohl sie Eigentum der Stadt München ist, ließ sich aber von der „Mugsburger Abendzeitung“ und ihrem Anhang nicht einschüchtern, sondern ordnete Erlass der verbrannten Fahne durch eine andere an. Nun wurde in einer Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Mittelpartei neuerdings für die gewalttätige Entfernung der Reichsflagge Stimmung gemacht. Eine Versammlung, in der Rudolf Steiner reden sollte, wurde systematisch gesprengt. Die üblichen Schlägereien, Stinkbomben und Knüppeln fehlten natürlich nicht. Als die Polizei den Saal geräumt hatte, formierten sich die Demonstranten auf der Straße zu einem Zuge und marschierten zum Bahnhofplatz. Die an Stelle der verbrannten schwarz-rot-goldenen Fahne gehißte neue Flagge war für die Nacht aus bestimmten Gründen abgenommen worden. Die Demonstranten sangen das deutsche Flaggelied, ohne in ihrer Demonstration von der Polizei irgendwie belästigt zu werden. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Eine Herausforderung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nimmt zu dieser Ausschreitung, die in München selbst allgemein verurteilt wird, in der Weise Stellung, daß sie die Hissung der Reichsfahne in einer deutschen Stadt als eine — Herausforderung bezeichnet.

## Der Ehegemahl der Lehrerin.

Es gibt auch noch erheitende Momente im Leben, wie ein Ministererlass zugunsten verheirateter Lehrerinnen beweist. Diesen soll sogar jetzt gestattet werden, ihren Ehemann in die Dienstwohnung aufzunehmen. Nach der „Zeit“ lautet die Begründung für dieses Dokument folgendermaßen:

„Einer verheirateten Lehrerin kann nicht untersagt werden, ihren Ehemann mit in ihre Dienstwohnung aufzunehmen. Den unverheirateten Beamten (Beamtinnen) und Lehrern (Lehrerinnen) ist gestattet, eine Wirtschaftlerin oder nahe Verwandte in die Dienstwohnung aufzunehmen, ohne daß der zur Unterhaltung der Dienstwohnung Verpflichtete für die erhöhte Abnutzung der Wohnung eine Entschädigung zu beanspruchen hat. Es ist nicht angängig, einen anderen Grundbesitzer zu vertreten, wenn der Aufgenommene der Ehemann ist.“

Epitaphisch bemerkt die Frkf. Ztg. hierzu:

Es ist gewiß erfreulich, daß auf diesem Umweg über die Wirtschaftlerin auch der Lehrerin-Ehemann die eheliche Heimstätte erhält, ohne daß ihm zugleich die Verpflichtung auferlegt wird, auch die Funktionen der Wirtschaftlerin auszuüben, und daß er einem nahen Verwandten gleichgestellt wird, obgleich er nach formal juristischer Auslegung ein solcher nicht ist. Die aus solchen Ehen hervorgehenden Kinder brauchen glücklicherweise keine besondere ministerielle Aufenthaltsgenehmigung, denn ihre nahe Verwandtschaft zur Inhaberin der Dienststelle gibt ihnen ein sicheres Anrecht. So hat hier die amtliche Auslegungstunft mit Erfolg die Schwierigkeiten überwunden, die das Glück der Lehrerehen zu gefährden drohten. Sie wird ungeteilten Beifall finden.

# Der Arbeiter als Aufsichtsrat.

Der wesentlichste Teil der deutschen Produktion ist organisatorisch in der Form von Aktiengesellschaften zusammengeschlossen. Die Aktie ist in vollem Sinne das Kind unserer Zeit, sie ist die kleinste selbständige Einzelsumme, der unendlichen Milliarden, mit denen wesentliche Teile unserer privatkapitalistischen Wirtschaft arbeiten. Ihre „demokratische“ Eigenart, die sie in der Regel mit je einer Stimme befaßt, die in den gewöhnlich alljährlichen Generalversammlungen der Aktiengesellschaften zur Geltung kommt oder doch kommen kann, ist die raffinierte Ausbildung einer vollkommenen Beweglichkeit und jeder nur denkbaren Einflußnahme des Kapitals überall dort, wo es Interessen sucht oder solche hat.

Der Aufsichtsrat, als die aus den Generalversammlungen der Aktionäre jeder Gesellschaft dieser Unternehmensform herauswachsende Aufsichtsinstanz, ist im Laufe der letztvergangenen Jahrzehnte für die innere kapitalistische Durchbildung der Produktion immer wichtiger geworden. In ihm vergegenständlichen sich sichtbar die Verschmelzungen gewaltiger Großkräfte. Hier wurden die Beziehungen und Bindungen, ja die ganze Konzerngestaltung der deutschen Industrie sichtbar, hier ist geronnene wirkliche Macht. Der Aufsichtsrat ist heute das Sinnbild der organisierten Beeinflussung und Beherrschung der deutschen Privatwirtschaft.

Wenn uns vor einigen Jahren ein staats- und wirtschaftspolitisch mehr als Weitsichtiger gesagt hätte, daß die deutschen Arbeitnehmer im Sommer 1922 Zehntausende von Interessensvertretern zur Verfügung stellen müßten, um in diese Aufsichtsräte „mit gleichen Rechten und Pflichten“ wie die bisherigen Aufsichtsräte einzurücken, so wäre wohl seiner Meinung nicht allzuviel Wert beigemessen worden. Die einen hätten ihn einen überradikalen Phantasten genannt, die anderen wären wahrscheinlich von ihm vorsichtig abgerückt, aber jeder, der ihn beurteilte, wäre sich darüber klar gewesen, daß dieser Gedanke, in Wirklichkeit umgewandelt, das Einrücken der Vertreter der Arbeitermassen in das Herz der großfinanziellen Produktionsbeherrschung bedeuten würde.

Heute sind wir soweit, daß die Arbeitnehmer ihre Vertreter in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften hineinzuschieben haben. Möglich soll das, wie unsere wilden Freunde von links sagen, gar nichts zu bedeuten haben. Es soll weiße Salbe, es werde ein aufgelegter Schwindel sein.

Mit den Arbeitern und Angestellten im Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften ist es aber wie mit vielen anderen gesellschaftlichen Bestimmungen, die in der Republik lebendig wurden. Sie bedeuten nichts, wenn man nicht den Mut und im besonderen nicht die Kenntnisse hat, um sie richtig zu nutzen. Sie sind wohl nicht alles, aber sie können sehr viel bedeuten, wenn aus den Reihen der Arbeitnehmer in die Aufsichtsräte ernst zu nehmende Vertreter der breiten Masse einrücken.

In den Aufsichtsräten der deutschen Aktiengesellschaften und von den Leuten, die in ihnen zu tun haben, ist nie anders geredet und gehandelt worden als nüchtern, unbeeinflusst von Sentiments. Deswegen hört man in jenen Kreisen immer wieder die Auffassung, daß die Delegation von Arbeitnehmern in die Aufsichtsräte wahrscheinlich nichts weiter zu bedeuten habe, als für die Zukunft eine etwas verlängerte Dauer der Sitzungen. Die neuen Wesen würden ihre Existenznotwendigkeit wahrscheinlich doch nicht anders erweisen, als durch einige Reden oder überflüssige Bemerkungen. Das müsse man eben hinnehmen.

Woraus ist dieser, nicht einmal unberechtigte Gedankenstrom erwachsen? Um es offen zu sagen, auch auf die Gefahr hin, daß wir manchem unangenehm werden — weil wir die Wahrheit sagen — jene Auffassung ist dadurch entstanden, daß mit der politischen Umwälzung von 1918 sich bei vielen Arbeitern der Köhlerglaube breitgemacht hat, daß durch anhaltendes Neben der Kapitalismus umzubringen sei.

Die Herren, die heute in den Aufsichtsräten sitzen, denken etwas weiter, als oft von ihnen angenommen wird. Deswegen sind sie auf dem richtigen Wege, wenn sie annehmen, daß die alten erfahrenen gewerkschaftlichen Organisationen sich auch ihrer Klassengenossen in den Aufsichtsräten in bewährter Systematik annehmen werden. Man befürchtet wohl, daß mit der Zeit aus den neugeborenen lebenden Aufsichtsrats-Betriebsräten Männer erwachsen, die ernsthaften Einblick in die aktiengesellschaftlichen Zusammenhänge, eigenes Urteil und selbständige Auffassung bekommen.

Diese Leute könnten dann allerdings dem privatkapitalistischen Profitapparat durch ihren weiteren Horizont, mit ihrem auf das Wohl der Allgemeinheit eingestellten Gedankengängen einermäßig beizubringen werden. Dem wird man versuchen vorzubeugen, ja, man hat damit jetzt schon begonnen!

In den letzten Wochen hat sich die Zahl der Generalversammlungen von Aktiengesellschaften vermehrt, die die Gelegenheit benutzten, ihr Statut zu ändern. Die Öffentlichkeit beachtet hierbei interne Vorgänge meist überhaupt nicht. Sie verdienen es aber, daß sie scharf beobachtet werden. Das geltende Recht läßt der Einzelgestaltung des gesellschaftlichen Aufgabenkreises des Aufsichtsrates weiten Raum, wie sich überhaupt die derzeitigen handelsgesetzlichen Bestimmungen, auch die der Bilanzgebahrung und aller sonstigen praktischen Angelegenheiten der privatkapitalistischen Produktion, durch eine verblüffende Weitzerzigkeit auszeichnen. Das ist nicht verwunderlich. Sie sind ja aus dem manchesterlichen Liberalismus herausgewachsen, sie schufen mehr eine lose juristische Umhüllung, als eine klare rechtliche Umschreibung der Befugnisse und der Eigenart der heute üblichen finanztechnischen Form der Produktion. Dieser Mangel wird zurzeit besonders gründlich ausgenutzt.

Immer wieder hört und liest man, daß die Generalversammlungen von Aktiengesellschaften ihr Statut ändern, daß sie bestimmte Pflichten und Verantwortlichkeiten des Gesamtaufsichtsrates auf besondere Ausschüsse übertragen. Das heißt mit anderen Worten, daß die Gebiete, die für die neu einrückenden Aufsichtsratsmitglieder, für die Arbeitnehmer, von unendlicher Wichtigkeit sind, in geheime Konferenzräume abgeschoben werden. In diesen Dunkelkammern soll alles verschwinden, was den ernstesten Einblick in die Eigenart, in die rücksichtslose Klugheit, in die Macht und in die Schwäche der Aktiengesellschaft gestattet.

Der neue Arbeitnehmer-Aufsichtsrat ist ein Fremdkörper in dem fein durchdachten, aus vielstufenförmigen kapitalistischen Erfahrungen herauskristallisierten Kontrollapparat der Aktiengesellschaften. Es ist nicht verwunderlich, daß jene Kräfte sich jetzt bemühen, diesen Fremdkörper nach allen Regeln der Praxis und der Kunst einzukapseln. Es gibt zu diesem Zwecke selbstverständlich neben den schon erwähnten Mitteln noch so manches andere. Man wird dabei nicht einmal vor den Unkosten freundlicher Händel drücke, vor der freigebigen Abgabe von Aufsichtsratsgärgen zurückschrecken.

Das Einrücken der Betriebsräte in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften bedeutet, das muß deutlich ausgesprochen werden, eine sehr stark: Annullitäts- und Befestigungsprüfung für die volkswirtschaftliche Einsicht und Erkenntnis der deutschen Arbeitnehmerenschaft. Es wird sich sehr bald ausmachen auf eine Generalkontrolle der sachlichen und staatspolitischen Beschlagenheit des einzelnen Arbeitnehmervertreters.

Ebenso, wie ein gutes Steuergezet einen stärkeren Anteil des Staates am privaten Unternehmerprofit bedeuten kann, als eine ellenlange Resolution über die Vollsozialisierung, und ebenso wie der Kampf um den Achtstundentag und der Sieg auf diesem Gebiete eine größere revolutionäre Tat der sozialdemokratischen Bewegung ist, als sämtliche bisherigen und zukünftigen Leitartikel der „Roten Fahne“, so ist das Gesetz, das den Betriebsräten das Recht und die Pflicht gibt, in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften einzurücken, mehr als die weitläufigsten Arbeiterführer noch vor wenigen Jahren zu hoffen wagten. Hier kommt auch der radikalste Schreiber so nahe als er nur irgend will, ja näher, als er wahrscheinlich geglaubt hat, ran an den kapitalistischen Feind. Hier sieht der Arbeitnehmer im Gehirn der Organisation des Privatkapitals. Hier müssen aber auch Leistungen vollbracht werden, wenn anders der Arbeitnehmervertreter an diesem Blase überhaupt einen Sinn haben soll.

Enttäuschungen werden nicht ausbleiben. Wir haben sie oft erlebt, wenn wir im Kampf der Arbeitnehmer um ihre Rechte in eine neue Front einrückten, und wir werden auch in Zukunft nicht von ihnen verschont bleiben. Aber wir wissen, daß im nüchternen Tageskampf, im sachlichen Alltagsringen um volkswirtschaftliche und staatspolitische Erfolge, der alten deutschen Arbeiterbewegung auch hier Erfolge blühen werden, wenn sie sich selbst treu bleibt. Wenn diese neuen Aufsichtsräte fanatisch wifbegierig, unerhört sachlich und in jeder Minute sich dessen bewußt sind, daß der Sozialismus nicht erredet, sondern erkämpft, erzwungen, gegenwärtigen Mächten abgerungen sein will, dann werden sie erkennen, daß sie für die Arbeitnehmerenschaft auf vorgeschobenen verantwortlichen Posten stehen. Daraufhin werden die Kandidaten für die Aufsichtsräte zu prüfen sein.

diesem „Verräterkongreß“ dorthin geplanten Sonntagsausflug durch Gegendemonstration zu verhindern!

Die Sowjetdelegation vertritt in Genua nicht die Interessen des Proletariats, sondern die Interessen des russischen Staates. Der Versuch, die internationale Arbeiterklasse vor ihren Karren zu spannen, ist eine elende Heuchelei. Deshalb müssen wir klipp und klar erklären, daß wir von einer solchen „Einheitsfront“ nichts wissen wollen, die in erster Linie dazu dienen soll, die kapitalistischen Interessen einer Parteiregierung und in zweiter Linie die Parteigeschäfte der kommunistischen Internationale zu fördern. Wir dürfen unsere auch von Kabet und Klara Zetkin unter zwanzig Augen anerkannte und bewunderte Kraft nicht zu solchen Zwecken mißbrauchen lassen. Hinweg mit der „Einheitsfront“ der Heuchelei, der Lüge, der Schmähungen, der faktischen Verräter!

Die Wunden, die drei Jahre bolschewistischer Zerstörungsarbeit dem internationalen Proletariat geschlagen haben, sind in Heilung begriffen. Der Senierungsprozeß wird mit dem Wiederaufbau Europas zugleich fortgeschritten. Aber was nützt uns der Wiederaufbau Europas, wenn die internationale Arbeiterbewegung weiter angegriffen zerstört werden darf?

## Bauern demonstration.

Durch die agrarische Presse fand eine Notiz die Kunde, wonach auf Kügen 500 Landwirte sich zusammengedrängt haben, vor die Wohnung des Landrates, Benossen Wielenz in Bergen gezogen sind und von ihm die Erklärung erpreßt haben, daß durch eine Sachverständigenkommission Nachprüfung der Umlage erfolgen würde. Daran wird die Drohung geknüpft, daß, wenn man nicht endlich die Stimme des Landvolkes höre, „und ihm das verfassungsmäßige Recht der Gleichheit für Alle zugesetzt“, diese Bauern demonstration zu einer häufigen Erscheinung werde und „weitere Landräte Preußen-Deutschlands genau so gezwungen werden, den Agrariern entgegenzukommen“. Das Recht auf Demonstrationen, das den Arbeitern stets abgesprochen wird, wird hier also in der schlichten Form für die Bauern in Anspruch genommen und damit zugleich strafbare Handlungen, wie Brandanschläge und Erpressung verbunden.

Nun ist aber das ganze Gebiet der agrarischen Presse über diese Bauern demonstration maßlos übertrieben. Tatsache ist, daß nicht fünfshundert, sondern etwa 100 Bauern vor der Wohnung des Landrates auf Kügen demonstriert haben. Tatsache ist, daß der Landrat die Nachprüfung der Umlage durch eine Sachverständigenkommission zugesagt hat. Richtig ist, daß er sich davon überzeugt hat, daß etwa 10 Leute mit einer zu hohen Umlage belegt wurden und aus diesem Grunde nur bei diesen Leuten eine Nachprüfung versprochen hat. Selbstverständlich hat der sozialdemokratische Landrat auf Kügen ausdrücklich erklärt, daß er an der Umlage festhält.

Es ist also wieder einmal viel Lärm um nichts gemacht worden. Wir können den Agrariern von heute versichern, daß sie mit noch so viel Demonstration die Befestigung des Umlageverfahrens nicht erzwingen werden. Die Regierung würde verantwortungslos handeln, die unter Außerachtlassung der bestehenden Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen und der Ernährungsverhältnisse im besonderen die vollständig freie Getreidewirtschaft einführen würde.

## Volkswirtschaft.

### Biehmärkte.

Hamburg, 16. Mai.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird uns mitgeteilt:

#### Rälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht: Doppellender 2200-2500 M., feinste Mastlälber 2800-3000 M., mittlere Mastlälber 2300-2700 M., geringere Rälber 1500-2000 M., nüdterne Rälber 1600-1800 M. Zufuhr: 1765 Rälber. Der Handel verlief lebhaft bei erhöhten Preisen.

#### Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht: Beste Fettlälber über 250 Pfd. 3300-3400 M., mittelschwere Ware über 220 Pfd. 3200-3300 M., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pfd. 3000-3100 M., geringere Ware 2600-2900 M., beste Sauen 3100-3200 M., geringere Sauen 2600-3000 M. Marktzufuhr: 8341 Schweine. Der Handel verlief reg.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 16. Mai.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	16. Mai.	15. Mai.
Amsterdam	100 fl.	10936.30
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2362.—
Kristiania	100 Kr.	4258.40
Kopenhagen	100 Kr.	6092.45
Stockholm	100 Kr.	7240.90
Helsingfors	100 finn. Mk.	589.25
Rom	100 Lire	1498.10
London	1 £	1257.40
New York	1 Doll.	252.14
Paris	100 Frs.	2596.75
Zürich	100 Frs.	5418.20
Madrid	100 Pesetas	4434.45
Wien	100 K.	2.93
Budapest	100 K.	36.75
Prag	100 K.	540.80

## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit, Tage Str.

Angelkommen am 16. Mai.			
D.	Habicht	Sanderfen	Odensee
D.	Deimbahl	Arvardsen	Narbus
Angelkommen am 17. Mai.			
D.	Hönlitz	Dansen	Kolding
D.	Stadt Straßund	Raddach	Nybojping
D.	Expres	Davidson	Kolding

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizustand Lübeck und Herkunsten Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interne Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck: von Friedrich Meyer & Co., Lübeck in Lübeck.

## Die „Einheitsfront“ der Russen.

In einem Artikel des „Vorwärts“ behandelt Viktor Schiff, der nach Genua entsandte Redakteur unseres Zentralorgans, die widerspruchsvolle Haltung der Bolschewisten zu der von ihnen immer gepredigten, aber nie praktisch geübten Einwirkung zur „Einheitsfront“ des Proletariats. In vielen Beispielen weist Schiff darauf hin, daß die Bolschewisten auf der Konferenz der drei Exekutiven im April in Berlin die zweite Internationale in der öffentlichen Sitzung heruntergerissen haben, während die Zetkin und Kabet in nichtöffentlicher Sitzung sagten, daß die zweite Internationale, also zu der wir gehören, aus so mächtigen Parteien, wie der englischen Arbeiterpartei und der deutschen Reichsozialdemokratie besteht, daß man sie mit Drohungen zu nichts zwingen kann.

Die Parteien der zweiten Internationale werden nach dem Agitationsbedürfnis der Russen behandelt, wie es den politischen Gesplogeneheiten der regierenden Intelligenz in Moskau entspricht. Auch in Genua haben die Wortführer der russischen Deputation zu 100 Vertretern der Presse erklärt:

Nur eine Frage sollte ausschlaggebend sein: Rußland braucht ausländische Kapitalisten. Seine Interessen sind mit denen der ausländischen Kapitalisten absolut identisch.

So gesprochen am Freitag, dem 28. April, abends um 8 Uhr 40 Minuten in der Aula der Universität zu Genua vor etwa 100 Zeitungsberichterstattern, die es bezeugen können.

Ob man aber zu diesem jämmerlichen Kotau vor dem internationalen Kapitalismus, zu diesem Canossa des Bolschewismus gelangte, hatte man nicht nur Berge sozialwissenschaftlicher Erklärungs- und Rechtfertigungsschriften verfaßt, nein, man hat die internationale Arbeiterbewegung mit schändlicher Wollust verschlagen, Zwittertrakt gefaßt, Verdächtigungen ausgestreut und gegentät — und schied sich nun an, durch das Schlagwort der „Einheitsfront“ neue Kräfte für die Fortführung dieses Zerstückelungswerkes zu sammeln!

Wir haben für das Auftreten der Sowjet-Delegierten auf der Genua-Konferenz im allgemeinen volles Verständnis. Sie verteidigen mit geradezu bewundernswürdiger Geschicklichkeit, Zähigkeit und Energie die Interessen ihrer Regierung und ihres Staates. Sie wollen anerkannt werden, Kredite erhalten, lauter Forderungen, die wir aus vollem Herzen unterstützen, nicht aus Sympathie für das Sowjetregime, sondern in der Ueberzeugung, daß der Sturz der Bolschewisten unter den gegenwärtigen Umständen eine europäische Katastrophe wäre, daß die Einbeziehung Sowjetrußlands in den europäischen Wirtschaftsprozess eine Notwendigkeit auch für unseren Wiederaufbau ist, daß man sich daher mit den russischen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen abfinden muß und daß sogar die Anerkennung und die Kredite die sichersten und schnellsten Wege sind, die zu einer Rückkehr Rußlands zu normalen Verhältnissen, zu einer allmählichen Liquidierung der bolschewistischen Tragikomödie führen.

Von diesem realpolitischen Gesichtspunkte aus begreifen wir das Verhalten der Sowjetvertreter in Genua, auch wenn uns dabei manches widerwärtig und überflüssig erscheint: denn es muß nicht sein, daß Tschitscherin, Krassin und Genossen auf jeder Festlichkeit in Genua in Grad und Zylinder erscheinen und sich von den defolletierten perlendbesetzten Damen der Genueser Bourgeoisie mit Blumen überschütten und die Segelruder bis unter die Rippen reichen lassen; es muß nicht sein, daß die Bolschewisten, wenn sie zum König gehen — nachdem sie jahrelang die zweite Internationale als ein Geschmeiß von „königlichen Ministern“ (Branting, Vandervoelde, Stauning usw.) geschmäht haben —, ihm noch allerhand Komplimente machen. Und es darf vor allem nicht geschehen, daß in der gleichen Nummer, in der über das königliche Bankett auf dem Linienschiff „Dante Alighieri“ berichtet wurde, das kommunistische Blatt „L'Avantore di Trieste“ unter fettester Ueberschrift von dem „Internationalen Kongreß der Antiruberer Vertreter“ in Rom sprach und die kommunistische Ortsgruppe im Jnoll aufforderte, den von dem Teilnehmer an

**5fter Nachtrag**  
zu der Verordnung über das öffentliche  
Personenfuhrwesen in Lübeck  
vom 10. April 1912.  
(Veröffentlicht am 17. Mai 1922).  
Bei Benutzung von Kraftdroschken darf bis  
auf weiteres der Fahrten in der Stadt und den  
Vorstädten das Fünfundzwanzigfache des in dem  
dritten Nachtrage vom 30. Januar 1917 zu der  
oben bezeichneten Verordnung festgesetzten Ge-  
samtfahrpreises oder des vom Fahrpreisangezeiger 3  
angezeigten Fahrpreises erhoben werden.  
Lübeck, den 15. Mai 1922. (2068)  
Das Polizeiamt.

**Öffentliche  
Verdingung.**

Die Ausführung von  
Erd- und Maurerarbeiten für den Neubau  
von Kleinwohnungen  
auf dem Nebenhöfer  
Feld (Wendische Str.)  
soll im Wege der öffentlichen Verdingung ver-  
geben werden.  
Angebote sind bis zu  
dem am  
**Dienstag, dem 23. Mai 1922**  
mittags 12 Uhr  
im Bauamt, Nühlen-  
damm 10, stattfindenden  
Termin in verschlosse-  
nem, mit entsprechender  
Aufschrift versehenem  
Umhänge an das Bau-  
amt einzureichen.  
Lieferungsverzeichnisse  
und Bedingungen liegen  
im Bauamt zur Einsicht  
aus, auch können sie ge-  
gen Entlohnung der  
Schreibgebühren von  
dort bezogen werden.  
Zuschlagsfrist zwei  
Wochen. (2106)  
Lübeck, 17. Mai 1922.  
Das Bauamt,  
Wbt. Hochbau.

Möglich und unerwartet  
starb am 15. Mai im Allge-  
meinen Krankenhaus  
unser liebe Mutter,  
Schwiegmutter,  
Großmutter, Schwä-  
gerin und tante  
**Marie Franzi**  
im Alter von 86  
Jahren. (2104)  
In tiefer Trauer  
im Namen der Hinter-  
bliebenen  
**Rudolf Eggers**  
u. Frau geb. Franzi.  
Die Beerdigung findet  
Sonnab. 4 Uhr a. d.  
Borm. Friedhof. statt.

**S. P. D.**  
Am 16. Mai starb  
unser Genosse  
**Georg Marweg**,  
Schiffver.  
Ehre  
seinem Andenken!  
Beerd. Sonnab.  
nachm. 3 1/2 Uhr,  
Borm. Friedhof.  
2100 Der Vorstand.

**Deutscher  
Metallarh.-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck.  
Am 14. Mai starb  
unser Kollege (2096)  
**Heinrich Stoll**.  
Ehre  
seinem Andenken!  
Die Beerdigung  
findet am Freitag,  
dem 19. Mai, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr,  
von der Kapelle  
Bormerker Friedhof  
aus statt.  
Se. Beerdigung.

**Verband der  
Gemeinde- und  
Staatsarbeiter.**  
Filiale Lübeck.  
Am 16. Mai starb  
unser Kollege (2095)  
**Georg Marweg**.  
Ehre  
seinem Andenken!  
Die Beerdigung  
findet am Sonn-  
abend, dem 20. Mai,  
nachm. 3 1/2 Uhr, auf  
dem Bormerker  
Friedhof statt.  
Se. Beerdigung.

Perol-Stein, Dennis-  
Hiesel, Gr. 41, zu verk.  
2110) Friedenstr. 12.1.  
Brunster, Wilm-Rocks.  
2060) Rooststr. 2.

Suche zu sofort (2109)  
**2 tüchtige Ausrüster.**  
Ziessels Rottebeck-Lübeck.

**Selbständige Tischler**  
für Aufschlagen u. Einsetzarbeiten  
im Inn- u. Außenbau.  
Angebote unter A 168 an die Exp. d. Bl. (2084)

Gesucht zu halbtag. evtl. spätr. Antritt kräft.  
durchaus tüchtiger, ehrl. tüchtiger  
**Lagerarbeiter.**  
Gut. 10 tägige Dienstwohnung zu suchen. Ser-  
viertene, nur beherrschende Bewerber in  
bestimmten Jahren werden sich melden unter  
L. K. 1416 an Ala Haasenstein & Vogler,  
Markt 16, 1. (2090)

**Deutscher  
Bauarbeiter - Verb.**  
Ortsgruppe Lübeck.  
Am 14. Mai starb  
unser Kollege  
**Ludwig Hintz**,  
Scheibearbeiter.  
Ehre seinem An-  
denken!  
Einäschung Don-  
nerstag nachm. 3 1/2  
Uhr im Kremato-  
rium, Bormerker  
Friedhof. (2098)  
Der Vorstand.

Gesucht zu sofort (2064)  
**Mädchen.**  
„Luisenlust“,  
Eichenburgstraße 16.

**Zimmerleute**  
für Bau Wollmagasin  
gesucht. (2082)  
**Aug. Hädicke**,  
Baugesellsch. F. 3011.

**Betriebs-  
monteur**  
sucht Stellung. Mehrere  
Jahre b. d. Luftpolizei  
als Automobil- u. Flug-  
zeugmonteur. Gelehrter  
Elektromonteur. Ing. u.  
A 151 a. d. Exp. (2081)

Anständiges Mädchen,  
hier fremd, sucht einfach  
möbl. Zimmer sofort od.  
1. 6. Schriftl. Meld. u.  
A 169 a. d. Exp. (2089)

Junger Mann sucht  
möbl. Zimmer i. d. Nähe  
d. Engelsgr. Dauermiet.  
2079) Ing. u. A 167 a. d. Exp.

Neue 2-Zimm.-Wohn.  
(Stadt) geg. gleiche a.  
Markt a. Burgi. z. t. g.  
Ing. n. A. 170. (2091)

Kleiderhant, Sig-  
und Zingewagen billig  
zu verk.  
2078) Luitzenstr. 50, v.

Sportwagen zu vk. (2087)  
Schützenstr. 42 a, Strb.

Eleg. h. Redd.-Kinnm. u. v.  
(2086) Fischergrube 56 p.

Stunde m. 9 Klüden z. verk.  
(2088) Auguftenstr. 13.

Güter. Bestelle s. ff. gel.  
(2097) Ing. u. A 171 a. d. Exp.

10000 Mk. Darlehn  
gegen gute Sicherheit  
gesucht. (2105)  
Ing. u. A 172 a. d. Exp.

**Siedlung und  
Kleingarten.**

Vierseitige Zeitung in Kupfer-  
stiefdruck, reich illustriert, mit  
praktischen Erläuterungen für  
Kleingarten und Siedlung.  
Erscheint alle 14 Tage. Be-  
zugspreis für die Volksboten-  
leser monatlich nur achtzig  
Pfennig.  
Auch im Einzelverkauf im  
Lübecker Volksboten.

**LIVESHASIASTON  
DIE DEUTSCHE  
RÄDERWERK**  
Das  
In Lübeck nach Str. Meier & Co. (2120)



Kaufe jeden kleinen  
und großen Posten (2108)  
**Rhein-  
Mosel- u.  
Rotwein-  
Flaschen.**  
Zahl hohe Preise,  
werden auf Wunsch ab-  
geholt. Weinhandlung  
**W. Rahfath**,  
Untertrave 113. Tel. 687.

**Die  
Musik  
Julob**  
Mk. 2.00.  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

Frauenleiden und alle  
anderen Krankheiten  
behandelt mit Erfolg  
**Homöopathisches**  
(2074) Heilmittel.  
Lindenstr. 47, 9-12, 3-6.

**Wohnungs-  
genossenschaften  
gegen  
Wohnungsnot.**  
Von Wils. Engler Dr. h. c.  
Art. 2.-  
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.  
Johannisstr. 46.

**Glas** scheiben  
aller Art, Kitt,  
Glaschneller  
Bilderleisten  
etc. (2068)  
Becar Fauchnitz, Glashdl.  
Fleischhauerstr. 35 F. 2808

**Wanzen**  
sowie jedes Ungeziefer  
beseitigt unter Garantie  
**Fr. Kröger**, beedigt  
Kammerjäger u. öffentl.  
Sachverständ., Alfstr. 3  
Fern. 1794. Radikal-  
mittel gegen Kopfläuse.  
(1916)

**Milch-Milchgenossenschaft Lübeck.**  
Der Kleinverkauf von Butter,  
Käse und Flaschenmilch findet ebenso  
wie bei der Lübecker Gemeinnützigen  
Milchversorgung immer noch  
**Königsstraße 13**  
statt. (2107)

**Mk. 100.- Belohnung**  
demjenigen, der uns den Täter nachweist, der in  
der Nacht vom Sonntag zum Montag eine Schau-  
kastenhebe an unserem Geschäftstokal Johannis-  
straße 46 eingeschlagen hat.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46. (2099)

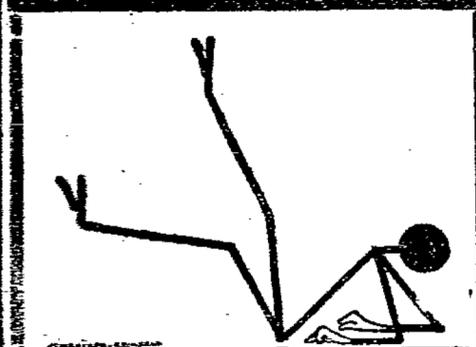
**Streichfertige Oelfarben**, (2072)  
Ia. Fußbodenlacköl, Lacke, Farben, Leim,  
Pinsel usw. kaufen Sie immer am besten  
beim Fachmann direkt ab Fabriklager.  
**BLEHSE & BERNDT**, Lackfabrik,  
Filiale Lübeck, Legdienenstr. 23. Fernruf 1616.

**Kommentar  
zum  
Reichsmietengesetz**  
von Hans Krüger  
(Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium)  
**Mk. 20.00.** (2025)  
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

**Alt-Eisen**, alte Maschinen  
Dampfkess., i. Art  
Dampfkess., Schmiedeeisen,  
Späner, Schmelz-  
Gußbruch.  
**Alt-Metalle**,  
Kupfer,  
Messing, Zinn,  
Blei, Sta-  
niol,  
Späne  
**L. Lissianski, Lübeck.**  
Großhandel. Fernspr. 876. Kleinhandel.  
Felle,  
Tier-  
haare, Pa-  
pier usw. kaufe  
laufend ab jed. Ort  
jeden Posten. - Beste  
Abgabequelle für Hän-  
dler, Klempner, Schmiede,  
Fabrikationsbetriebe. (2065)

**Glückengieserstraße 61.**  
Zahl erhöhte Tagespreise für  
**Campan, Eisen, sämtliche Metalle,  
Papier, Flaschen, Zelle, Haare usw.**  
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (2071)

**Die teuren Lederpreise**  
stören Sie nicht, wenn Sie die als  
**äußerst haltbar** bekannten  
**Gollertsohlen**  
verwenden, die in allen einschlä-  
gigen Geschäften zu haben sind.  
Alleinvertreter: **Kurz & Spangenberg**  
Kommandit-Gesellschaft  
Lübeck, Schmiedestraße 27. (2075)



**So kann man kürzen**  
wenn man seine  
**Gummisohlen und Absätze**  
nicht in der  
**Reform-  
Schuhwaren-Reparatur u. Glöpperei**  
(mit elektrischem Betrieb)  
**50 Hufstraße 50**  
**Robert Jentzen**  
machen läßt. (2120)

**Vorsicht  
beim Waschen!**  
  
Seifenpulver **Schneekönig**  
schont die Wäsche. (2083)

**Adlershorst.** (2089) **Jeden Donnerstag: BALL.**

**Konditorei Starke Kaffeehaus**  
Königsstr. 25. Teleph. 8860  
Täglich von 10 Uhr früh: **Frisches Gebäk!**  
**Künstler-Konzert** ab 4 1/2 Uhr nachm. (2076)  
Lieferung. auch d. Hause f. schnellste Erledig.

**Kodermann.**  
Morgen Donnerstag, nachmittags u. abends  
Auftreten des beliebten  
**Henry Vahl**  
vom Hansatheater. (2111)

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Lübeck. (2102)  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag, dem 19. Mai, abds. 7 Uhr,  
im **Gewerkschaftshaus**.  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal.  
2. Der Streit in Süddeutschland und die Er-  
hebung des doppelten Beitrages.  
3. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse.  
4. Beschlussfassung über das Statut der Lokalkasse.  
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser  
Versammlung zu erscheinen.  
Mitgliedsbücher müssen vorgezeigt werden.  
Die Ortsverwaltung. (2102)

Warm zu empfehlen ist  
Zucker's Patent-Medizinal-  
Salbe gegen unreine Haut,  
Witlöcher.  
**Zinnsal**  
Kudschon,  
Büsten usw. Spezial-  
arzt Dr. W. - Dazu  
Zuckerkoh-Creme (nicht fettend  
u. fettlos). In allen Apoth.,  
Drogerien, Parfümerie- u.  
Kosmetikgeschäften erhältlich.

**Leder  
Lederausschnitt  
Ersatzsohlen in halt-  
baren Fabrikaten**  
- Alle Schuhmacher-Artikel -  
**C. Grimm Nachf.,**  
Lederhandlung und  
Schältefabrik. (2067)

**Deutscher  
Transportarbeiter-  
Verband.** (2103)  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Sektions-  
Versammlung**  
der  
**Kraftfahrer,  
Automonteuere**  
usw.  
am Donnerstag, dem 18. Mai  
abends 8 Uhr  
bei Hrn. Restaurateur Richter,  
Markthalle.  
Tagesordnung:  
**Innere Verbands-  
angelegenheiten.**  
Die Ortsverwaltung.

**Hansatheater.**  
Heute  
und folgende Tage  
präzise 8 Uhr:  
**Der keusche Lehmann**  
mit Anton Franck  
als Gast. (2085)

**Zahn-Praxis**  
**W. Rylewsky**  
Breite Str. 7,  
Telephon 1253.  
Laboratorium sämt-  
licher zahntechn. Ar-  
beiten, Umarbeiten  
schlecht sitzender Ge-  
bisse, Reparatur. zc.  
Auswärtige Pa-  
tienten werden nach  
Möglichkeit an ei-  
nem Tage fertigmach-  
handelt. (2073)

**Arbeiter-  
Liederbuch**  
für Massengesang.  
60 Pfg.  
Buchhandlung  
**Friedrich Meyer & Co.,**  
Johannisstr. 46.

**Stadttheater Lübeck**  
Mittwoch, 17. Mai, 7.30:  
Zum ersten Male:  
**Nach Damaskus**, 1.  
Teil von Stundberg,  
58. Ab.-Vorst. Wsht. B.  
Donnerstag, 18. Mai, 7.30  
**Schneider Wibel**,  
59. Ab.-Vorst. Wsht. C.  
Freitag, 19. Mai, 7.30 U.  
**Die Braut des Lucullus**,  
Operettenneubearb.  
59. Ab.-Vorst. Wsht. C.  
Sonnabend, 20. Mai, 7.30  
Uhr.  
19. Wst. i. Sonnab.-U.  
Lida. **Gisela Gorta**  
nam Grazer i. Oper-  
haus auf Engagement.

## Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 17. Mai.

### Immer höher, immer höher . . .

Das uns vorliegende (neueste) Aprilheft der monatlichen Uebersichten über die Lebensmittelpreise im Deutschen Reich von Richard Calmer stellt gegenüber den Vormonaten Februar und März, die erst beträchtliche Preissteigerungen brachten, eine weitere Aufwärtsbewegung der Preise fest. Calmer legt bekanntlich für eine vierköpfige Familie das Preisfach der Wochenration eines Marinefeldaten der Vorkriegszeit zu Grunde. Für die „große Ration“ errechnet Calmer im April einen Wochenbedarf von 1026,77 Mk. im Reichsdurchschnitt. Die „kleine Ration“, in der Brot und Kartoffeln ausschlaggebend sind, die also fleischlos ist, erfordert einen Aufwand von 350,09 Mk. pro Woche. Die Durchschnittsration 688,43 Mk. Das ist für April eine Steigerung von 30,9 Prozent.

In Lübeck erforderte die „große Ration“ 953,73 Mk., die „kleine Ration“ 364,00 Mk., der Durchschnitt 658,85 Mk. pro Woche. Hamburg hat dafür folgende Ziffern: „große Ration“ 1006,08 Mk., „kleine“ 332,40 Mk., Durchschnitt 669,24 Mk. Bremen: 996,24 Mk., 356,37 Mk., 676,30 Mk. Rostock: 904,35 Mk., 270,67 Mk., 587,51 Mk. Berlin: große 1045,26 Mk., kleine 383,80 Mk., Durchschnitt 714,53 Mk. Leipzig: große 1116,36 Mk., kleine 362,50 Mk., Durchschnitt 739,45 Mk. München: 901,41 Mk., 354,80 Mk., Durchschnitt 628,10 Mk. Köln: 1172,88 Mk., 404,22 Mk., Durchschnitt 788,55 Mk. Dortmund: 1050,60 Mk., 377,67 Mk., Durchschnitt 714,13 Mk. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit beträgt im Reichsdurchschnitt: große Ration 24,73 Mk., kleine Ration 6,89 Mk., Durchschnitt 15,81 Mk. Welch traurige Unterschiede drücken diese nackten Ziffern aus? Und noch ist keine Aussicht, daß die Geldwertung ins Stokken kommen wird. wb.

### Zur Bekämpfung des hohen Milchpreises.

In der letzten Versammlung der Bürgerschaft verlas der ständige Senatskommissar ein Dekret, dem wir folgendes entnehmen: In ihrer Versammlung vom 18. April 1922 hat die Bürgerschaft an den Senat die nachstehenden Ersuchen gerichtet: 1. bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, die bezüglich der Regelung der Milchpreise aufgestellten Richtlinien dahin abzuändern, daß in Zukunft als Grundlage für den jeweilig zu zahlenden Milchpreis nicht mehr der auf den Butteraktionen erzielte Butterpreis ausschlaggebend ist; 2. geeignete Schritte zu unternehmen, um dem durch nichts gerechtfertigten Milchmischer, der unsern Nachwuchs auf das Schwert bedroht und die Not der Alten ins Unabwägliche steigert, entgegenzuwirken.

Hierzu bemerkt der Senat nach Anhören des Landesverwaltungsamts folgendes: Beide Ersuchen, die eine Senkung der Milchpreise erstreben, sind durchaus gerechtfertigt. Das Ersuchen unter Ziffer 1 geht allerdings insofern von falschen Voraussetzungen aus, als weder die Reichsregierung noch eine andere amtliche Stelle Richtlinien für die Bestimmung der Milchpreise aufgestellt hat. Ein Antrag im Sinne dieses Ersuchens kann demnach an die Reichsregierung nicht gerichtet werden.

Die gegenwärtig in Lübeck und in den benachbarten Gebieten bestehende Regelung, nach der der Erzeugerpreis für Milch ein Teil des auf der Hamburger Butteraktion festgestellten Butterpreises betragen soll, beruht auf einer Vereinbarung, die zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Milchwirtschaftlichen Verband, dem Metzereiverbänden für Schleswig-Holstein und verschiedenen anderen landwirtschaftlichen Organisationen getroffen worden ist.

Der Butterpreis ist nun bis zu 57 Mk. je Pfund im letzten Monatsdurchschnitt gestiegen, und die Milchpreise haben infolgedessen eine solche Höhe erreicht, daß es einem großen Teile der Bevölkerung schlechtdingens nicht mehr möglich, Milch zu kaufen. Infolgedessen ist hier der Milchverbrauch erheblich zurückgegangen, was ohne Zweifel eine große gesundheitliche Gefahr, insbesondere für die heranwachsende Jugend, bedeutet. Eine Senkung der Milchpreise ist demnach dringend erforderlich. Ob es zweckmäßig ist, bei der Reichsregierung entsprechende Schritte zu unternehmen,

scheint mehr als zweifelhaft, da diese auf dem berechtigten Standpunkt steht, daß eine Preisbindung ohne Bewirtschaftung nicht durchführbar sei. Einer Zeitungsnachricht zufolge hat das schlesische Wirtschaftsministerium beim Reichsernährungsministerium den dringlichen Antrag gestellt, die Butteraktionen einzuwickeln zu unterlegen, um deren preissteigernde Wirkung aufzuheben. Das Reichsernährungsministerium soll jedoch diesen Antrag nach einer Besprechung mit den beteiligten Kreisen abgelehnt haben mit der Begründung, daß die Steigerungen der Butterpreise mit der allgemeinen Wirtschaftslage zusammenhängen und auch ganz unabhängig von den Butteraktionen nicht zu vermeiden gewesen wären. Die Preisprüfungsstelle in Hamburg hat sich eingehend mit der Frage der Milch- und Butterpreise beschäftigt, ist aber, soweit hier bekannt, bisher zu einem Beschlusse wegen der zu ergreifenden Maßnahmen nicht gelangt. Die hiesige Preisprüfungsstelle hat beim Reichswirtschaftsministerium den Antrag gestellt, die Frage des Einflusses der Butteraktionen auf die Milchpreise auf die Tagesordnung der für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Konferenz der Landes- und Bezirkspreisprüfungsstellen zu setzen. Bei der bisherigen Stellungnahme des Reichsernährungsministeriums zu der Frage ist aber der Erfolg dieses Schrittes recht zweifelhaft, und zwar sowohl rechtlich, als auch wirtschaftlich. In nächster Zeit nicht zu erwarten sind. Daher hat nunmehr die Milchkommission des Landesverwaltungsamtes in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaftskammer und der hiesigen Milchzeuger vorgeschlagen, mit den benachbarten Städten Hamburg, Altona und Kiel, dem Oberpräsidenten in Kiel und der Regierung in Götting zusammenzutreten und zu verhandeln, im Wege der Verhandlung mit den in Betracht kommenden landwirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Organisationen eine Herabsetzung des Milchpreises, sei es durch Verringerung des Preisverhältnisses zwischen Butter und Milch, sei es in anderer Weise, zu erreichen. Der Senat hält diesen Vorschlag für zweckmäßig und hat daher das Landesverwaltungsamt beauftragt, ungesäumt das zur Durchführung des Vorschlages Erforderliche zu veranlassen.

Zur Milchpreissteigerung wird heute aus Berlin gemeldet: „Wenigstens in den letzten Tagen sprunghaftem Steigerung für Milchprodukte hat der Reichsernährungsminister die Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Preisprüfungsstelle zum nächsten Freitag zu einer Sitzung geladen, in der die Preisentwicklung der Milch erörtert werden soll.“ — Hoffentlich bleibt es nicht bei einer Erörterung. Gegen die Milchpreiserhöhung muß entschieden und wirksam vorgegangen werden.

Der Bürgerausschuß erstellte in seiner letzten Sitzung folgenden Senatsantrag: Die beantragte Mitgenehmigung: Verkauf einer Landfläche vor dem Grundstück Baustraße 2 c. Landhausstraße in Gneersdorf, Verkauf einer neben dem Grundstück Moiskinger Allee 68 belegenen Landfläche, Verkauf einer Landfläche hinter dem Grundstück Glüwigstraße 21 a, Landberber aus dem Grundstück Aldersstraße 35 c, Beihilfe an den Ausschuß für Kindergärten, Rückzahlung von Versicherungsbeiträgen an Anstellte der Baubehörde, Verkauf von Grundstücken in Schönhöfen, Verkauf von Grundstücken in der Vorstadt St. Gertrud. Einem dreiköpfigen Ausschuß überwiesen wurde der Antrag auf Nachbemilligung von 5566,90 Mk. für die Ablösungskommission. Das von W.-M. Dr. Gehard beantragte Ersuchen: „Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, baldigst eine endgültige Regelung durch die der Kindergarten an Brink aufrechterhalten wird, zu treffen“ wurde an den Senat gerichtet.

Eine Steigerung um fast 8000 Prozent! Von der ungeheuren Verteuerung des Zeitungspapiers gibt die nachfolgende Statistik ein klares Bild. Das Kilogramm Zeitungspapier kostete am 1. Januar 1914 20% Bfg., 1. Januar 1919 54% Bfg., 1. Januar 1920 196% Bfg., 1. Januar 1921 300% Bfg., 1. Januar 1922 700% Bfg., 1. Februar 1922 730% Bfg., 1. März 1922 825% Bfg., 1. April 1922 1280% Bfg., 1. Mai 1922 1590% Bfg. Der Papierpreis beträgt also fast das 80fache gegenüber dem Preise im Jahre 1914. Die Verteuerung des Papiers manifestiert damit an der Spitze aller Preissteigerungen. Daß unter solchen Umständen die Not der Zeitungen, soweit sie nicht vom kapitalhaltigen Unternehmertum ausgehalten werden, von Tag zu Tag steigt, bedarf wohl keiner weiteren Begründung.

Das Recht des Demobilisations-Kommissars. Die für das Wirtschaftsleben so außerordentlich bedeutungsvolle, bisher immer noch kritische Frage, ob der Demobilisations-Kommissar berechtigt ist, Schiedssprüche in Gesamtschlichtungen für verbindlich zu erklären, ist auch vom Reichsgericht durch Urteil in einem Prozeß des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands gegen die Vereinigung der Hartstein-Industriellen in der Oberlausitz bejaht worden. Das Urteil ist in der letzten erschienenen Nummer 8 des Reichsarbeitsblattes abgedruckt.

Kommunistisches. Die Lübecker Kommunisten haben sich bekanntlich seit dem 1. Mai an Stelle der „Hamburger Volkszeitung“ die „Rostocker Volkszeitung“ als offizielles Organ zugelegt. Das hat keine besondere Gründe, da diesem Blatt das Lebenslicht zu erlöschen drohte. Die paar Duzend neue Abonnenten können aber das Schicksal nicht abwenden. Herr v. Mayenburg, der Leiter der „Volkszeitung“, der seinerzeit den hiesigen Kommunisten große Beizugungen machte, scheint bereits das sinkende Schiff verlassen zu wollen. In mecklenburgischen Blättern konnte man seit einigen Tagen Artikel über eine neue Krise in der RPD Mecklenburgs lesen. Es wurde darin auch gesagt, daß Herr v. Mayenburg demnach vom Kampfbüro verschwunden würde. Darauf antwortet nun Mayenburg in der „Volkszeitung“, indem er u. a. schreibt: „Lachende an dem zuckenden „Fahl Mayenburg“ ist lediglich, daß Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei den Genossen Mayenburg wiederholt haben, im Interesse der Partei seine Arbeitskraft in politisch wichtigeren Gebieten einzusetzen. Bisher hatte Genosse Mayenburg diese Angebote abgelehnt, weil es ihm Vergnügen machte, gegen die hiesige Kommunisten, die nicht nur allein in der „Meckl. Zeitung“ zu finden ist, anzukämpfen. Obwohl diese Aufgabe im hiesigen Gebiet unerfüllbar ist, ist damit nicht gesagt, daß sie dauernd zeitweilig bleibt. Es wäre infolgedessen nicht ausgeschlossen, daß Genosse Mayenburg erneuten Angeboten willfähriger wäre.“ — In einfaches Deutsch übertragen heißt das also, daß Mayenburg tatsächlich den gegenwärtigen Schauplatz seiner Tätigkeit verläßt oder verlassen muß. — Mayenburg aber mag sich mit dem früheren Herzog der „Hamburger Volkszeitung“ trösten. Auch dieser wadere Kämpfer verschwand letztendlich ganz plötzlich.

Der Liebesgabenpaßverkehr für Rußland hat, wie uns vom hiesigen Landesverein des Roten Kreuzes geschrieben wird, bereits einen beträchtlichen Umfang erreicht. Von Moskau aus werden wöchentlich bis zu 7000 Paketen versandt. Die Niederlagen der Roten-Aktion, von denen aus die Verteilung stattfindet, befinden sich in Petersburg, Moskau, Kasan, Samara, Odesa, Saratow, Charkow, Noworossisk, Wladiwostok, Rostow am Don, Tscheljabinsk. Vom 1. Mai ab wurde der Preis des Typenpakets, das 7 Kg. weiches Mehl, 4 Büchsen Milch, 1 Kg. Fett, 1 Kg. Zucker, 400 Gr. Tee enthält, auf 2 1/2 Dollars festgesetzt. Dem Empfänger erwachsen für die Zustellung keinerlei Kosten. Formulare für die Paketbestellung sind im Deutschen Roten Kreuz, Charlottenburg, Berlinstraße 137, bei der Deutschen Bank, Direktion der Diskontogesellschaft, Dresdener Bank mit ihren Filialen, welche die Einzahlungen annehmen, sowie bei zahlreichen deutschen und russischen Interessentenverbänden zu erhalten. Letztere sind auch bei der Ausführung der Verbandsaufträge behilflich.

Die Chorjünger des hiesigen Stadttheaters stehen, wie uns geschrieben wird in einer Tarifbewegung. Es handelt sich um die Anerkennung des von der paritätischen Schlichtungsstelle des Bühnenvereins und der Chorjünger in Berlin gefüllten Schiedsspruches. Die bisher geführten Verhandlungen mit dem Direktor, Herrn von Bongardt, haben nicht zum Ziel geführt.

Besuch von Deutsch-Amerikanern. Im Laufe dieser Woche treffen in Hamburg 82 plattdeutsche Amerikaner ein. Von dort aus wird ein Teil in die Heimat, ein Teil nach Bremen und ein Teil auf einen Tag nach Lübeck kommen. Der Besuch in Lübeck war ursprünglich nicht vorgesehen, ist nun aber auf Betreiben der Plattdeutschen Volkszählung in sichere Aussicht gestellt, da es sich um solche Amerikaner handelt, die in all den langen Jahren ihrer plattdeutschen Muttersprache treu geblieben sind. Man rechnet mit einem Besuch von mehreren 100 Amerikanern, die am Sonntag mittag hier eintreffen und in Bürgerquartieren untergebracht werden sollen. (Näheres ist in der gestrigen Anzeige ersichtlich.)

## Die Frauen aus dem Alten Gladen Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

### 33. Fortsetzung

Frau Heise kam an diesem Abend nicht mehr an das Bett ihres Kindes.

Frau Greefe wartete, während die Gloden gleichmäßig niederrieselten, aber Maria Heise kam nicht.

Die weiße Kage blieb vor den Scheiben sitzen, und ihre schimmernden Augen blickten sich in die Dunkelheit da draußen, aber diese schimmernden Augen fanden Marias Form nicht.

Der Mann mit der Bertha und dem Jungen kamen aus dem Rinn, zurück voll Lachen und Leben. Aber Maria war noch nicht da. Das Essen stand auf dem Tische. Sie sollten daheim alles in Ordnung finden, hatte sie gedacht, ehe sie gegangen war.

Denn diesmal war sie wirklich gegangen.

Es war keine Hand gewesen diesmal, die sie gehalten hatte, keine Stimme, die sie auf dem Wege zurückrief.

„Muttering wird ganz naß draußen“, hatte das Mädchen zu Frau Greefe gesagt.

Ja, Muttering war naß geworden draußen, aber nicht durch die Gloden, die in der kommenden Nacht und am nächsten Tage und in der zweiten Nacht gleichmäßig groß und dicht weiter her niederfielen und den Eingang von Nummer 17 und Nummer 18 so hoch zudeckten, daß man einen Weg hinaufsteigen mußte, um hinauszu kommen. Sie legten sich did und klumpig auf das dunstige Baumgewebe, das am Stadtmall auftraute und in festem phantastischen schwarzen Formen vor Benitas Kammerfenster gegen den hellen Himmel stand. Sie fielen auch weich und dicht auf die dünne Decke, bisweilen der Nachtfrost über den Fluß besetzte, der den Stadtmall durchquerte. Und unter der dünnen Eisdade und unter den weichen Schneedecke floß das träge schwarze Wasser.

Weiter unten, wo es sich staut am Mühlentwehr, war eine offene Stelle geblieben. Dort trieb nach drei Tagen Maria Heises Reihnam an.

„Drei Tage, länger behält das Wasser keinen Toten.“ sagten die Frauen in Nummer 17.

Muttering war naß geworden, sehr naß.

Das Mädchen sah am Abend im Windel in Frau Greefes Zimmer. Sie hielt die weiße Kage in ihren Armen im

Schoße, und große Tränen flossen langsam und schwer aus den verängstigten Kinderaugen. Die Kage drückte sich, so eng sie vermochte, an den kleinen Körper, und es war doch wie ein Trost und wie eine Gesellschaft für das arme Kind.

Auch Herr Heise meinte bitterlich, denn er dachte an junge Tage, als Maria naß froh gewesen und er sie geküßt hatte. Warum sie ins Wasser gegangen, darüber zerbrach er sich nicht allzu sehr den Kopf. Sie war eben krank gewesen, und es war auch ihre Krankheit, die sie in den Fluß getrieben hatte. Er war keiner von denen, die geneigt sind, sich mit Selbstvorwürfen zu quälen und bei sich eine Schuld zu suchen.

„Giebet Gott, wenn einer immer krank ist, dann mag er wohl den Mut verlieren, noch dazu in dieser Zeit“, das war so das allgemeine Urteil über Maria Heises Tod. Und es war ja auch wohl ein richtiges Urteil, — nur, daß niemand daran dachte, daß man vielleicht der Toten hätte helfen können, den Mut zu behalten, daß die Allernächsten das vermocht hätten, daß sie in Geduld und Gedankenlosigkeit und Schlimmerem diesen findenden Mut zerröten hatten.

Die Bertha näherte für eine sehr fromme Frau. Diese urteilte auf das härteste über die unglückliche Maria.

„So einer Sünderin sollte man ein christliches Begräbniß weigern“, sagte sie.

Bertha schmitz. Sie sprach mit ihrer Nadel in den Stoff.

Sie war ein wenig blaß geworden.

Aber der Geistliche in der Gemeinde war ein guter und milder Mann, für den Wort Geltung hatte: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet.“ Ihm auch war die Tote eine unglückliche Kranke.

Und er sprach an ihrem Sarge über das Wort: „Gott ist die Liebe und wer in der Liebe ist, der ist in Gott.“

Alle die Frauen von Nummer 17 und Nummer 18 waren mit auf den Kirchhof gegangen, Frau Concha und Benita, Frau Gils und Frau Rowidi, Frau Meyer und die blinde Frau Müller, von ihrer kleinen Martha geführt, und Frau Greefe mit dem Reihnam an der Hand. Herr Heise meinte wiederum bitterlich, als man den Sarg in die hartgefrorene Wintererde senkte.

„Er ist doch ein guter Mann“, sagten die Frauen. Seine Trauer hat ihn nicht gehindert, daß er zwei Monate später mit der Bertha die Hochzeit richtete.

Und auch das fanden die Frauen nur natürlich.

„Er muß doch wieder Ordnung haben für sich und den Jungen“, sagten sie. „Da braucht er eine Frau im Hause.“

„Die Bertha war starr und lustig“, meinten sie, „die würde es ihm schon nett machen, das würde ein ander Leben sein als mit der toten Frau, und er war ja doch ein strammer und frischer Kerl, der brauchte so etwas. Ein wenig leicht war die Bertha ja wohl, aber schlecht war sie nicht, und wenn sie erst einen Mann hatte, dann würde sich das andere schon geben. Das war oft bei den Mädchen so.“

Die Frauen hatten recht. Es wurde wirklich eine ganz zufriedene Ehe, in der beide Teile das Leben leicht nahmen und keiner dem andern das verübelte. Auch der Junge bekam sein Recht, die Bertha hielt ihn gut in Zeug und er fühlte sich beglückt.

Und so wollen wir diese ihren Weg weitergehen lassen in die Zeit. Sie sind nicht von denen, die den Suchenden Rästel aufgeben.

Das Mädchen war bei Frau Greefe geblieben nach wie vor. Das Kind hatte ein härteres Grauen als je zuvor vor dem Zimmer, in dem in seiner Nacht der Gashahn offen geblieben war, und vor dem Zimmer, in dem das Bett der toten Mutter stand, in dem jetzt eine andere schlief.

Und noch immer war von Walter kein Brief da.

„Noch immer ist von Walter kein Brief da“, sagte Frau Greefe zu Rose Gils, als sie an deren Bett im Krankenhause saß. „Noch immer ist von Walter kein Brief da, die Sperre müßte doch lange zu Ende sein.“

„Es gehen jetzt so viele Briefe verloren“, tröstete Rose. „Wenn ihm ein Unglück geschehen wäre, so würde es ja vom Regiment aus gemeldet.“

Das war wohl richtig, und Frau Greefe mußte es sich einweisen mit diesem Trost genügen lassen, sie wollte aber doch an das Regiment schreiben und nach ihrem Jungen fragen. Freilich mußte sie erst erkunden, wo es jetzt lag. Man würde ihr wohl in der Kriegsfürsorgestelle behilflich sein.

„Benita gefällt mir auch nicht“, meinte sie zu Rose. „Sie kommt so kurz, immer nur zur Lüre hereln und wieder hinaus. Und dann ist sie so unruhig und aufgeregt. Es mag ja wohl die Sorge um Walter sein, aber sie gefällt mir nicht. Wenn doch die Mutter anders oder wenn Ines hier wäre! Aber die ist jetzt bei der Mutter ihres Reihnamens, die krank ist, und nachher, wenn er auf Urlaub kommt, wollen sie sich beide kriegstrauen lassen.“

Es ist wohl auch das Richtige, denn dann können sie jederzeit zueinander, und sie hätten ja wohl so ganz fest, daß sie zusammengehören.“

(Fortsetzung folgt)

Das neue Lohnabkommen auf den Werften, worüber wir Dienstag berichteten, wurde in allen Werftorten mit 19 621 gegen 8478 Stimmen angenommen.

**Gewerbetlehrer Ingenieur Müller gestorben.** Am Sonntag verstarb im hiesigen Krankenhaus nach längerer Krankheit der langjährige Fachlehrer für Maschinenbau an der Gewerbeschule Herr Ingenieur Hinrich Müller. Mit ihm verliert die Schule einen eifrigen und pflichtgetreuen Lehrer.

**Zusammenkunft der amtlichen Interessenvertretungen des hanseatischen Einzelhandels in Lübeck.** Am Montag fand in Lübeck eine Zusammenkunft von Vertretern der Detailistenkammer Hamburg, der Kleinhandelskammer Bremen und der Handelskammer Lübeck statt, auf der folgende Entschlüsse angenommen wurden: „Die amtlichen Interessenvertretungen des hanseatischen Einzelhandels halten eine ständige enge Zusammenarbeit zwischen kaufmännischer Berufsschule und kaufmännischer Arbeitgeberchaft für unbedingt erforderlich. Dieses Zusammenwirken bedingt ferner die Mitwirkung der amtlichen Interessenvertretung. Daher müssen alle Versuche, das kaufmännische Berufsschulwesen dem Einfluß der amtlichen Interessenvertretungen zu entziehen, im Interesse der geistlichen Fortentwicklung der kaufmännischen Berufsschule selbst mit Entschiedenheit bekämpft werden.“ — Die wirtschaftliche Entwicklung in den Hansestädten ist seit Jahrhunderten ihren eigenen Weg gegangen. Diese Tatsache, die in erster Linie in der auf den Seeverkehr hinweisenden Lage der Hansestädte ihre Erklärung findet, kommt u. a. in der besonderen Gestaltung der hanseatischen amtlichen Handelsvertretungen zum Ausdruck. Neben der vornehmlich für die Ueberseeinteressen geschaffenen Handelskammer besteht in Hamburg als gleichberechtigte amtliche Handelsvertretung die Detailistenkammer, in Bremen mit dem im wesentlichen gleichen Aufgabebereich die Kleinhandelskammer. Die amtlichen Vertretungen des hanseatischen Einzelhandels gegen die Ueberzeugung, daß an diesem Zustande auch in Zukunft nichts geändert werden darf, wenn nicht wichtige Interessen der Hansestädte empfindlichen Schaden erleiden sollen. Sie bitten daher die Senate der drei Hansestädte, sich dafür einzusetzen, daß in den in der Ausarbeitung begriffenen Entwurf eines Reichsrahmengesetzes für die Handelskammern Bestimmungen aufgenommen werden, die dieser besonderen Entwicklung der Verhältnisse in den Hansestädten vollen Umfang Rechnung tragen.“

Zu der ersten Entschlüsse möchten wir bemerken, daß die Fassung mancherlei Deutungen zuläßt. Sollte man letzten Endes bescheiden wollen, die Unterrichtsstunden außerhalb der Arbeitszeit zu legen, so wäre das ein Rückschritt, den wir entschieden bekämpfen müßten.

## Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

**Verrein „Arbeiterjugend“.** Donnerstag 7 1/2 Uhr Parade 1 (Jugendamt) wichtige Ortsvorstandssitzung.

**Wächter, Betriebsräte!** Denkt an eure Versammlung. (Siehe Volksbote vom Montag, dem 15. Mai.)

**Stadttheater.** Donnerstag wird zum letzten Male „Schneider Wibbel“ gegeben. Im Freitag-Abonnement gelangt die Operetten-Neuheit von Gildert: „Die Braut des Vicullus“ zum ersten Male zur Aufführung. Die Titelrolle singt Fräulein Mij n. Kanova vom Gärtnerplatztheater München.

**Singkonzert.** Im letzten Sinfoniekonzert am 22. Mai ist es der Direktion gelungen, den ausgezeichneten Pianisten Edward Erdmann zu gewinnen. Der Künstler hatte jüngst in Berlin mit Furtwängler zusammen einen glänzenden Erfolg. Herr Erdmann ist auch für das Sinfoniekonzert im Juni nach Düsseldorf als Solist verpflichtet. Zum Vortrag bringt der Künstler das selten gehörte Klavierkonzert von Goeß.

## Angrenzende Gebiete.

**p. Schwartz-Kensfeld.** In der letzten Stadtrats-Sitzung beschäftigte man sich mit folgenden Angelegenheiten: Das Statut über die Wohnungsluzussteuern mußte in einigen Punkten abgeändert werden. Die Steuer tritt am 1. Juni dieses Jahres in Kraft. Der Steuerertrag ist auf 10 000 Mark geschätzt. Die dritte Ratsherrnwahl wurde genehmigt. Die Richter der städtischen Wägen haben sich mit dem siebenfachen Nachterhöhungspreis einverstanden erklärt. In zweiter Lesung wurde die Hundesteuer angenommen. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war der Voranschlag für 1922-23 über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse. Nach Durchsicht der einzelnen Positionen wurde folgende Einnahme und Ausgabe festgestellt: Einnahme 231 480,86 Mk., Ausgabe 230 911,18 Mk. Das Schulwesen schließt ab: Einnahme 374 530 Mk., Ausgabe 395 592 Mk. Das Armenwesen: Einnahme 16191,20 Mk., Ausgabe 135 350 Mk. Aus diesem dritten folgender Positionen vom allgemeinen Interesse sein: Der Beitrag zu der allgemeinen Verwaltung des Landesverbandes beträgt 399 269 Mark. Elektrischer Strom mit Unterhaltung der Leitung deckt sich in Einnahme und Ausgabe mit 200 000 Mark. Die Verzinsung und Abtragung der Anleihen erfordert die Summe von 160 000 Mark. Die allgemeinen Verwaltungskosten betragen jetzt 500 000 Mark. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurden folgende Positionen erledigt: Erwerbslosenunterstützung von 70 000 auf 120 000 Mk., Gemeindepflege von 5000 auf 12 000 Mk., Zuhilfenahme für die Jugend von 10 000 auf 20 000 Mark (darauf hat die Regierung die gleiche Summe, also insgesamt 40 000 Mark), Volksbildungsvereine von 406 Mark auf 1000 Mark. Für beide Turnvereine 2000 Mark. Zur Bildung der Betriebsräte sind 200 Mk. bewilligt. Einen Zuschuß zur hiesigen Privatschule von 5000 Mark lehnte die sozialdemokratische Fraktion ab, weil sie diese Schule als Staatsbesitz ansieht und die Nähe Lübeck mit keinem gut ausgebauten Schulwesen diese Privatschule überflüssig macht. Dem Fremdenverkehrsverein wurden 5000 Mk., dem Verschönerungsverein ebenfalls 5000 Mk. bewilligt. Hinzu kommen noch 6000 Mark Zuschuß zum Gehalt des Waldwärters. Für die freiwillige Feuerwehr 1000 Mark. Für besondere Unterhaltungsarbeiten 70 000 Mark. Eine Baugeschäftigung an einer nicht ausgebauten Straße auf dem Gelände Kalkenhof in Verlängerung der Kronstraße wurde mit 5 gegen 7 Stimmen abgelehnt, obwohl der Antragsteller auf Gas, Wasser und Elektrizität verzichtet und außerdem sich noch verpflichtet hat, einen Zuschuß zu den späteren Straßenbaukosten zu zahlen. Ein Antrag auf Abtragung dieses Punktes von der Tagesordnung und Veränderung des Bauplans wurde ebenfalls mit 5 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion wird diese Angelegenheit sofort im Auge behalten. Eine Veränderung des Bauplans ist unbedingt erforderlich, um die hierhergehörigen Grundstücke zu Verfügung zu stellen. Das ist der einzige Ausweg, um die hier herrschende große Wohnungsnot zu lindern! Dieser Punkt brachte eine äußerst lebhaft debattierte Debatte mit sich. Das Angebot des Lübecker Senats, die geplante Bodenkauf von der Trave an den Bremer Leich zu verlegen, wurde wegen der zu großen Entfernung von drei einmündig abgelehnt und der Magistrat ersucht, das Traveprojekt so bald wie möglich zur Abklärung zu bringen. Bemerkenswert ist noch, daß der Baukostenzuschuß von der Regierung auf 500 Mark zu Quadratmeter erhöht ist und daß die Gemeinden verpflichtet sind, 50 Prozent zu tragen.

**Ergebnis.** Ausbau des Fischereihafens. Durch die Beschlässe der Bürgerstadt vom Jahre 1920 wurde für den Ausbau des Lübecker Fischereihafens Mittel von insgesamt 47 12 000 Mark bewilligt. Diese Mittel reichten aber infolge der Geldentwertung heute nicht im entferntesten aus, um die geplanten Arbeiten fertig zu stellen. Es werden daher 29 500 000 Mark noch erforderlich. Die Höhe der erforderlichen Summe

legt die Frage nahe, ob die Aufwendung überhaupt noch wirtschaftlich gerechtfertigt werden kann. Der Senat hält deswegen für angebracht, zusammenzustellen, welche Ausgaben insgesamt für den Fischmarkt in Cuxhaven bisher gemacht worden sind. Die Aufwendungen betragen: 1. von 1890 bis zum Ausbruch des Krieges 3 695 550 Mk., 2. Bewilligung während des Krieges 12 280 320 Mk., 3. Nach- und Neubewilligung Oktober 1920 47 512 000 Mk., einschließlich der jetzt beantragten 29 570 000 Mk. werden die Gesamtaufwendungen also 93 657 870 Mark betragen. — Trotz dieser hohen Summe wird damit gerechnet, daß eine angemessene Verzinsung der Baukosten und die Deckung der jährlichen Betriebskosten durch die unmittelbaren und mittelbaren Einnahmen gesichert sind.

**Kiel. Neue Löhne für die Landarbeiter im Kreis Nord- und Süderdithmarschen.** Auf Antrag der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes fanden am Freitag in Marne und am Sonnabend in Heide für beide Dithmarschen Verhandlungen mit den Arbeitgebervereinen statt, um die im März festgelegten Löhne zu revidieren. Nach längerer Verhandlung wurden die Löhne durchschnittlich um 50 Prozent erhöht. Der Lohn für Kleinrentner beträgt nunmehr 16 Mk. pro Stunde für Freiarbeiter 12 Mk., für jugendliche Knechte im Jahreslohn neben Kost und Wohnung 11 000 Mk., für Mädchen im Jahreslohn 7500 Mark. Diese neuen Löhne gelten für die im Tagelohn stehenden ab 15. Mai und für die Jahreslöhne ab 1. Mai.

**Neustrelitz. Mord im Walde bei Neustrelitz.** Ein schreckliches Ende nahm ein Liebesverhältnis zweier erst siebenzehnjähriger Mädchen im Walde beim Forsthaus Zechow in der Nähe von Neustrelitz. Der Arbeiter Walter Dunder hatte mit dem Mädchen Emma Sievert ein Liebesverhältnis. Um der Folgen willen erschlug D. das Mädchen im Walde und schleppte die Leiche dann ins Wasser. D. hat die furchtbare Tat eingestanden.

**Vehe. Die „Nächstenliebe“ landwirtschaftlicher Kreise geht aus einem Klageruf der Provinzialzeitung für den Kreis Vehe hervor.** Es heißt darin u. a.: „Die frühere Matrikulation Bremen ist seit 1920 als Erholungsheim für Chemnitzer Kinder ausgemietet worden. Gerade die Industriefabrik Chemnitz mit ihren über 300 000 fast durchweg in Fabriken tätigen Einwohnern und ihrem landwirtschaftlich ganz armen Hinterland befindet sich in großer Not. Von den 45 000 Schülern sind 24 000 noch genauer ärztlicher Untersuchung als dringend erholungsbedürftig befunden worden. Deshalb hat die Chemnitzer Reformhülle, die die Anlage in Bremen gepachtet hat, in diesem Jahre nicht nur eine während der Sommerzeit dauernde Belegung vorsehen, sondern die Zeit vorher schon ausgenutzt. Schon jetzt weilen 160 Knaben seit 14 Tagen im Heim. Leider hat das Heim mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Milchlieferung ist so knapp, daß die Kinder bisher noch keinen Tropfen Milch zu trinken bekommen haben. Die Kartoffeln konnten nicht in den notwendigen Mengen geliefert werden. Das Heim hat größere Einkäufe überhaupt nicht machen können. Trotz aller Mühen und Bitten der Heimleitung konnten überall nur 15-20pfundweise Kartoffeln beschafft werden. Die Erholungsmöglichkeit der jetzt in Bremen untergebrachten Kinder ist nach diesen Feststellungen außerordentlich in Frage gestellt, damit aber der Zweck der großen Geldzuschüsse, die Chemnitz für die Unterbringung der Kinder leistet, verfehlt. Dieser Klageruf zeigt deutlich, wie es mit der „Nächstenliebe“ und dem „edlen Herz“ der Landwirte bestellt ist. An der reichsten landwirtschaftlichen Gegend Deutschlands ist es nicht möglich, 160 Kinder, Kinder des Volkes, meistens Fabrikarbeiterkinder, mit dem Allernotwendigsten, mit Milch und Kartoffeln, zu versorgen. Das Vieh ist vielen Landwirten lieber, dieses wird sehr häufig mit Milch und besten Eiertöpfeln gefüttert, aber für elende Kinder ist nichts vorzuziehen. Wahrscheinlich, schlimmer kann die Landwirtschaft nicht an den Pranger gestellt werden, als durch dieses Klageruf der „Provinzialzeitung“!

## Gewerkschaften.

### Vierter Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

**Leipzig, 13. Mai.** In der Nachmittagsitzung hielt Dr. Ing. Maxin Wagner unter spannender Aufmerksamkeit des Verbandstages sein Referat über die Sozialisierung. Er bezeichnete die Beschlüsse des Weimarer und des Karlsruher Verbandstages als hervorragende Meilensteine auf dem Wege zur Befreiung des Proletariats. Wichtigere als jahrzehntelange Reformationsmachelei sei die wirtschaftliche Tat der Arbeiterchaft. Das, nicht aber radikalere Schönerbächer sei wahrer Klassenkampf. Dr. Wagner gab dann einen Überblick über die Entwicklung der jungen Sozialisierungsbewegung der baugewerblichen Kopf- und Handarbeiter, gegen die sich das ganze organisierte Unternehmertum erhoben hat. Erspitzte die Aufgabe des Verbandes sozialer Baubetriebe und seiner Unterverbände. Die Unterverbände des Verbandes arbeiten heute mit einem Stammkapital von 8 Millionen Mark, wovon 3 1/2 Millionen vom R. I. B. gegeben sind. Große Summen hat der Verband auch unmittelbar als Stammkapital oder als Darlehen an einzelne Betriebe gegeben. Am R. I. B. sind heute alle baugewerblichen Verbände, mit Ausnahme des Verbandes der Angeestellten, beteiligt.

In anderen Betrieben waren am 1. April über 20 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, die im letzten Jahre über 200 Millionen Mark an Lohn und Gehalt bezogen. In den sozialen Betrieben wird die Arbeiterchaft zur Weileitung der Betriebe und zur Mitbestimmung herangezogen; es bedarf deshalb in diesen Betrieben nicht so vieler Aufsichtspersonen, wie in den Privatbetrieben. In den Betrieben arbeitet ein Kapital von über 34 Millionen Mark. Der Arbeitsbestand im vorigen Jahre belief sich auf 470 Millionen Mark, wovon der weitaus größte Teil auf öffentliche und gemeinnützige Körperchaften entfiel. Unsere Betriebe üben ihre Tätigkeit als Treuhänder der Allgemeinheit aus. Der R. I. B. wurde ausdrücklich als gemeinnützig anerkannt. Unsere Betriebe erstreben den technisch-wirtschaftlichen Fortschritt; sie sollen unter weitgehendster Schonung menschlicher Arbeitskraft größere wirtschaftliche Erträge liefern als die kapitalistischen Privatbetriebe.

Die großen Sozialisierungspläne, die im Jahre 1918 und 1919 aufgestellt, sind zum Stillstand gekommen; in den Amtsstuben der Regierungen herrscht Sozialisierungsunfähigkeit; die Arbeiterchaft muß deshalb den festen Willen haben, aus eigener Kraft weiter vorwärts zu kommen. Wir hoffen, daß uns dabei die sozialistischen Parteien mit aller Kraft unterstützen. Bis jetzt ist das nicht überall geschehen. Mit weiterem Theoretisieren kommen wir nicht vorwärts. Wir brauchen praktisch erprobte Wirtschaftsführer, die wir nur in sozialistischen Betrieben heranzubilden können. Früher Bestimmtes ist hier nicht am Platz. Arbeiten wir mit dem Gemeinwohl und der Opferfreude wie bisher weiter, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. (Stürmischer Beifall.)

Der Verbandstag beschloß mit großer Mehrheit, von einer Disziplin über den Vortrag Dr. Wagners Abstand zu nehmen und sofort zur Abstimmung über die nachstehenden Anträge zu übergehen. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen, 5 Prozent der in die Bundeshauptstadt fließenden Beiträge zur Förderung der Sozialisierung des Baugewerbes zu verwenden. Ein weiterer ebenfalls nahezu einstimmig angenommener Antrag ruff die Verbände auf zur Bereinigung persönlicher Mittel durch die Entnahme von Kapitalanteilen des Verbandes sozialer Baubetriebe an. Die Mitglieder derjenigen Vereine oder Bezirke, die für

ihre Gebiete besondere Sozialisierungsbeiträge beschließen, werden verpflichtet, die beschlossenen Beiträge ebenfalls zu zahlen. Einstimmig wurde gefordert, daß sich der Gewerkschaftsalltag mit der Sozialisierung beschäftige. Der Verbandstag legt dem Kongress mehrere auf die Sozialisierung bezügliche Anträge vor.

Nach Annahme einiger weiterer Anträge zur Sozialisierung hielt Genosse Gustav Heine kein Referat über den Bauarbeiterkongress, in dem er mit reichhaltigem Zahlenmaterial unter lebhaftem Beifall die Notwendigkeit der Verbesserung des Schutzes für Leben und Gesundheit des Bauarbeiters begründete und insbesondere auch die Anstellung weiterer Baukontrolleure und eine bessere Bezahlung dieser Kontrolleure forderte. Eine entsprechende Entschlüsse wurde einstimmig angenommen.

## Aus aller Welt.

**Ueberfall auf einen Berliner Kunsthändler.** Sonnabend abend drangen Einbrecher in das Gemäldelager des Kunsthändlers Mülling in der Courbierestraße im Westen Berlins ein. Sie überfielen den Kunsthändler mit einer Keule und mit Löffelklingen und verletzten ihn schwer. Als Beamte dort eintrafen, waren die Täter bereits entflohen. Die vielhundertköpfige Menge wollte sie lynchen. Herangezogene Verhaftungen der Schutzpolizei konnten die Einbrecher nur mit Mühe nach der Wache bringen. Die Täter sind der Landwirt Hasse, dessen Schwester und ihr Ehemann, der Kaufmann Major. Die Geschwister Hasse stammen aus „sehr guter“ Familie, ihr Vater ist Generalmajor in Mülhausen im Elsaß.

**Wuchernde Landwirte.** Das Wuchergericht in Rempten verurteilte eine ganze Reihe von Landwirten zu Geldstrafen von 5000-8000 Mk. oder entsprechenden Gefängnisstrafen wegen Vergehens der Preistreiberei. Die Verurteilten haben außerdem die Kosten des Verfahrens zu tragen und der von ihnen erzielte übermäßige Gewinn wird eingezogen. — Warum wird gegen die Wucherer nicht auf Freiheitsstrafen erkannt? Die paar Tausend Mark Geldstrafe bringen sie bei dem nächstbesten „Geschäft“ doch wieder ein!

**Eine Ruhrfahre gekentert.** Ein Unglück, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen, hat sich Sonntag abend in der Nähe von Rühlheim auf der Ruhr zugetragen. Als die Ruhrfähre 18 Personen überfahren wollte, verursachten drei junge Leute während der Fahrt durch festes Schaufeln ein Umschlagen des Fährbootes. Es entstand unter den Fährpassagieren eine wilde Panik, die das Rettungswerk sehr erschwerte. Zwei Frauen und die sechsjährige Tochter einer geretteten Frau fanden ihren Tod in den Wellen.

**Schweres Automobilunglück.** In der Nacht zum Montag fuhr auf der Chaussee Weider-Brandenburg das Automobil des Kaufmannes Kestke gegen einen Baum. Von den 12 Insassen des Wagens sind die Frau des Kaufmannes und ein Fräulein Schläter sofort getötet worden. Zwei weitere Personen sind schwer verletzt.

## Theater und Musik.

### Sania-Theater.

Eine neue Direktion hat in dem heiteren Musiktempel der Mollinger Allee das Sommertheater eröffnet. Und kein Geringerer als der berühmte Komiker Anton Franck, der in dem Hamburger und Leipziger Theatern viele Jahre hindurch dominierte, verhalf der ersten Vorstellung zu einem glänzenden Erfolg. „Der keusche Lebemann“ von den bekannten Schwanenbühnern Arnold und Bach, den Autoren der „Spanischen Frliege“, „Schwebenden Jungfrau“ usw. enthält das uralte Thema von dem stolzen Ehemann, der Seitensprünge macht, von seiner Frau ertappt wird, den Freund und Kompagnon vorführt. Mith verhandlungen verschuldet, Verwicklungen und „gelagte Bomben“ im tollsten Durcheinander hervortritt und zuguterlet doch dem Knoten entwirrt sieht. Das zahlreiche erlebte Publikum, dem die Komik solcher Mißverständnisse der höchste Lebensgenuss bedeutet, kam auf seine Kosten. Anton Franck kennt seine Leute. Mit dem Geschick ungläublicher Glieder, Körper, Gesichts- und sogar Augenerkrankungen bringt er sie zum Lachen, daß sie sich den Bauch halten müssen und Tränen vor Lachen vergießen. Ihm ist so leicht keine Aufgabe. Doch auch der, den er hineingelegt sein Kompagnon Stieglitz, dessen Rolle von Hans Freund dargestellt wurde, zeigte eine feine, mehr distrierte Komik. Herbert Thielke und Otto Marbeu, die Liebhaber und Bordivants, entwickelten lebhaftes Temperament. Jamos war auch Wacker als Drochkentischer. Von den Damen bot Therese Gutschke als schicksalige Fabrikantengattin die beste Leistung. Neben ihr sorgten Herta Witt, Grete Reichard, Magda Drews und Gertha Just dafür, daß die Heiterkeit keinen Augenblick stockte. Anton Franck wurde mit einem großen Lorbeerkrantz geehrt. Der Beifall war stark und herzlich. w.

## Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

### Zur Wohnungsnot.

Ist dem Wohnungsamt bekannt, daß in der kleinen Gröpelgrube das Haus Nr. 5 seit dem 1. November leer steht? Das Haus gehört dem Kaufmann Schwedt in der Burgstraße. Es ist jetzt in einem Zustande, daß es nicht mehr bewohnbar ist. Die Türen und der Fußboden sind herausgerissen, Fensterbänke und Fensterflügel sind herausgenommen. Als die letzten Bewohner auszogen, hieß es, das Haus sollte abgebrochen und neu aufgebaut werden. Daß ein Neubau heute sehr teuer ist, weiß jeder und das Bauen mag aus diesem Grunde unterbleiben sein. Aber nach meinem Dafürhalten hätte das Haus doch wieder wohnbar gemacht werden können. Es hätten dann 2 Familien eine Wohnung gehabt. Mir scheint, daß absichtlich alles herausgerissen ist, um das Haus unbewohnbar zu machen. Ich frage: Ist es dem Wohnungsamt nicht bekannt, daß dieses Haus leer steht? Und was gegen es dagegen zu tun? A. B.

### Briefkasten.

B. M. und P. S. Wenn Sie nicht bereit sind, die Angaben mit ihrem vollen Namen zu geben, ist es unmöglich, auf die Sache näher einzugehen. Am zweckmäßigsten ist es, wenn Sie im Gewerkschaftssekretariat persönlich vorsprechen.

E. R. Wenn wir den Bericht früher gehabt hätten, wäre er erschienen. Ueber eine Versammlung vom 7. Mai am 17. Mai zu berichten, müssen wir ablehnen.

### Quittung.

Für die Altershilfe gekamelt am 13. Mai bei Lante Besten am Volkspark 22,00 Mark.

**Für Kinder**  
ist die beste Seite  
**Fleckenpferd-Buttermilch-Leibe**